



Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2022

E-Scooter im Licht des Verkehrsgerichtstages 2023



TITEL

- 04 VERKEHRSunFALLSTATISTIK 2022
Mehr Unfälle und Verletzte
- 06 GROSSRAUM- UND SCHWERLASTTRANSPORTE (GST)
Begleitung durch die Hilfspolizei (Hipo)
- 08 POLIZEI NIEDERSACHSEN
Verkehrsüberwachungstechnik und Recherchetools
- 09 RÜCKBLICK
61. Verkehrsgerichtstag 2023
- 10 LAGEBILD
Deutliche Zunahme von Unfällen mit E-Scootern
- 12 POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN
„Polizei erklärt E-Scooter“ – Videoprojekt mit Erfolg
- 13 LANDESWEITE VERKEHRSSICHERHEITSKAMPAGNE 2023
Rücksicht im Straßenverkehr
- 14 POLIZEIINSPEKTION VERDEN/OSTERHOLZ
„FiFa – Fit fahren, statt fast and furios“ und „Fahrschulprojekt“
- 15 MEHR FAHRTÜCHTIGKEIT
Mit Kompetenz zum Erfolg

TITEL

- 16 INTERVIEW-SERIE
Auf eine Tasse mit Andreas Dobslaw
- 18 POLIZEIDIREKTION HANNOVER
Unfallermittler setzen zunehmend auf digitale Spuren

NIEDERSACHSEN

- 17 INSTAGRAM-KAMPAGNE
Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)
- 19 POLIZEIDIREKTION HANNOVER
Beleidigt, geschlagen und verletzt
- 20 SICHER DURCH DEN HARZ
„Rüttelstreifen“ sollen Kurven im Oberharz entschärfen
- 21 REPUTATIONSMANAGEMENT
Der gute Ruf der Polizei
- 22 GRENZÜBERSCHREITENDES POLIZEITEAM
Besuch von Innenministerin Daniela Behrens
- 23 ZENTRALE POLIZEIDIREKTION (ZPD)
NDR-Serie „Ein Tag als ...“
- 24 INTERKULTURELLE KOMPETENZ
Antirassistische Sprache – Eine wichtige Form der Deeskalation
- 25 PROJEKT „VBS-WECHSEL“
Aus NIVADIS wird @rtus

NIEDERSACHSEN

- 29 POLIZEIHUBSCHRAUBERSTAFFEL
Trainieren für den Ernstfall
- 30 COMMUNITY POLICING
In Social Media im Einsatz
- 32 INTERVIEW MIT INSTACOP ALENA MEHWALD
Wir bieten einen Einblick hinter die Kulissen
- 33 POLIZEI NIEDERSACHSEN
Sportlerehrung
- 34 POLIZEIINSPEKTION HILDESHEIM
Stark für die Demokratie
- 35 POLIZEI NIEDERSACHSEN
Polizeiliche Kriminalstatistik 2022
- 35 POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN
Bachelorfeier des Jahrgangs 18/20

AKTUELL

- 26 POLIZEIDIREKTION HANNOVER
Personalveränderungen: Wechsel der Behördenleitung
- 27 ZENTRALE POLIZEIDIREKTION
Uwe Lange und Kathleen Arnhold sind neu an der Spitze
- 28 POLIZEIDIREKTION GÖTTINGEN
Unter neuer Leitung von Tanja Wulff Bruhn und Mathias Schröder

IMPRESSUM

proPOLIZEI XXXIII. Jahrgang

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Lavesallee 6, 30169 Hannover

Verantwortlich:
Svenja Mischel, Vertreter: Oliver Grimm

Redaktion:
Svenja Mischel, Oliver Grimm, Mareike Fieker, Tim Adler, Antje Heilmann, Marco Ellermann, Sven Thielert, Katharina Baum, Tarek Gibbah, Henryk Niebuhr, Patricia Höft, Michael Bertram, Sabine Hoffmann

Anschrift der Redaktion:
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Redaktion proPOLIZEI
Postfach 221, 30002 Hannover
Tel. 0511 120-6213 oder 0511 120-6024
Fax 0511 120-6555
E-Mail: propolizei@mi.niedersachsen.de

Layout:
Dirk Bindbeutel
Polizeiakademie Niedersachsen
Dezernat 20
Gimter Straße 10
34346 Hann. Münden

Druck:
updruck printmanufaktur
Am Frettholz 5, 31785 Hameln

Die proPOLIZEI erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6 mal im Jahr.

Rechtlicher Hinweis:
Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften/Beiträge (gegebenenfalls in gekürzter Form) zu veröffentlichen.



v. l. n. r.: PHK Norman Müller, PHK Lars Garbers, Landespolizeipräsident Axel Brockmann, POR'in Julia Semper, PHK Christian Jäckel, EPHK Thomas Buchheit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach den langen, kühlen und grauen Wintertagen freuen wir uns wieder über längere Tage, mehr Sonne und die neue Energie, die der Frühling mit sich bringt. Diese Energie wollen auch wir aus dem Verkehrsteam des MI nutzen, um unsere gemeinsame Vision zu erfüllen: weniger Verkehrstote und Verunglückte im Straßenverkehr! Ebenso wie wir engagieren auch Sie sich tagtäglich, um landesweit die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dafür gebührt Ihnen wiederholt ein großes Lob! Von diesem Engagement, den damit einhergehenden vielfältigen Maßnahmen, Projekten und aktuellen Sachständen auf dem Weg zu **#mehrverkehrssicherheit** wird in dieser Ausgabe berichtet.

In Anbetracht der besonderen Herausforderungen und unserem gemeinsamen Anspruch, die Sicherheit auf unseren Straßen zu verbessern, ist es wichtig, dass wir unsere polizeiliche Kernaufgabe immer wieder gemeinsam aufs Neue in den Blick nehmen und schauen, ob wir mit unserem Fokus noch richtig liegen. So orientiert sich beispielsweise die schwerpunktorientierte Ausrichtung der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit in 2023 nicht nur allein an den Erkenntnissen aus der Vorjahresstatistik. Vielmehr haben wir erneut das gesamte Bild betrachtet. Gerade auch wir in der Polizei können beobachten, dass sich das Miteinander in unserer Gesellschaft mitunter deutlich verändert hat. Die Ursachen dafür sind wie so oft im Leben auch hier vielfältig.

Gerade deswegen geht es auch darum, dass wir unsere Erkenntnisse teilen und uns klar positionieren. Wir stehen und streben nach mehr Achtsamkeit, Toleranz und Akzeptanz in allen Lebenslagen. Dies gilt auch und insbesondere für den Straßenverkehr, denn dort trägt jede und jeder unter uns Verantwortung. Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für sein Umfeld, damit wir alle sicher ankommen.

Mit dem Themenschwerpunkt „Rücksicht im Blick“ wollen wir ein klares Signal setzen und wir freuen uns, dass wir damit nicht alleine agieren. Ihr und unsere Partnerinnen und Partner in der Verkehrssicherheitsarbeit werden gemeinsam mit uns und sogar bundesweit an diesem Thema arbeiten.

In diesem Sinne wünschen wir allen möglichst interessante Einblicke und Anregungen beim Lesen der folgenden Artikel.

Bei fachlichen Fragen und Anregungen stehen wir, das Verkehrsteam aus dem Referat 24 im Landespolizeipräsidium gerne zur Verfügung. Alternativ ist auch eine Kontaktaufnahme mit den zur Fachstrategie Verkehr themenverantwortlichen Polizeibehörden über das PSN null1|5 möglich.

Herzliche Grüße
Ihr MI-Verkehrsteam

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2022

Mehr Unfälle und Verletzte

Auf Niedersachsens Straßen sind in 2022 im Vergleich zum Vorjahr mehr Personen bei Unfällen verletzt worden. Auch bei den Todesopfern ist eine Zunahme zu verzeichnen: Im Vergleich zu 2019, dem „Vor-Corona-Jahr“, hat sich die Zahl der tödlich Verunglückten in 2022 jedoch um 14 Prozent reduziert.

Im Jahr 2022 sind in Niedersachsen 370 Menschen bei Unfällen im Straßenverkehr ums Leben gekommen. Das waren 18 Menschen oder etwa fünf Prozent mehr als 2021. Damit erreichte die Zahl der Verkehrstoten den gleichen Wert wie in 2020,

den zweitniedrigsten Stand seit Beginn der Statistik vor mehr als 60 Jahren. Im Jahr 2019 waren noch 432 Todesopfer zu verzeichnen.



Bei der Vorstellung der Zahlen aus der Verkehrsunfallstatistik 2022 machte Innenministerin Daniela Behrens deutlich: „Die Corona-Pandemie hatte im letzten Jahr im Vergleich zu den Jahren 2020 und 2021 nur einen geringen Einfluss auf den Straßenverkehr. Es gab wieder mehr Verkehr und auch die Unfälle nahmen zu. Zwar liegen die Werte immer noch unter den Ergebnissen des Vor-Corona-Jahres 2019 – 370 Todesopfer im Straßenverkehr sind aber immer noch deutlich zu viele. Die Vision Zero, also keine Verunglückten mehr auf unseren Straßen, bleibt weiterhin im Fokus unserer gemeinsamen Arbeit mit unseren Partnern.“

Die Steigerungen der tödlich Verunglückten sind bis auf die Gruppe der Motorradfahrenden in allen Risikogruppen zu verzeichnen. Dabei stechen gerade bei den altersbedingten Risikogruppen die Kinder bis einschließlich 14 Jahren und die jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren besonders heraus. Mit gar 13 Todesopfern starben gleich acht Kinder mehr bei Unfällen. Bei den jungen Erwachsenen sind mit 64 Verkehrstoten insgesamt 22 mehr Opfer zu verzeichnen. Zunahmen gibt es ebenso bei den zu Fuß Gehenden und insbesondere bei den Fahrradfahrenden. Mit 40 tödlich verunglückten zu Fuß Gehenden sind dies im

Vergleich zum Vorjahr zwei Todesopfer mehr und bei den Radfahrenden sind es sogar zwölf Todesopfer mehr. 2022 kamen in Niedersachsen 58 Personen mit ihrem Fahrrad bei Unfällen ums Leben, davon waren 29 mit einem Pedelec unterwegs.

Positiver ist die Entwicklung der tödlichen Verkehrsunfälle im Zusammenhang mit Motorradfahrenden. Hier verzeichnet Niedersachsen mit 58 verstorbenen Bikern ein Minus von 17 Todesopfern. Auch auf den niedersächsischen Autobahnen und bei sogenannten Baumunfällen auf den Landstraßen konnten entsprechende Abnahmen registriert werden. Im Gegensatz dazu sind leider auch negative Tendenzen erkennbar: Erstmalig kam in Niedersachsen eine E-Scooter-Nutzende bei einem Unfall zu Tode. Die vorfahrtsberechtigten 20-Jährige war beim Durchfahren eines Kreisverkehrs von einem Lkw-Fahrenden übersehen worden. Überhaupt nahm das Unfallgeschehen unter Beteiligung von E-Scootern deutlich zu.

Mit 22 Verstorbenen ist die Zahl der tödlich verunglückten Personen in Folge einer Beeinflussung durch Alkohol oder anderer berauschender Mittel in 2022 auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Daneben nahm jedoch die Gesamtzahl der von

der Polizei registrierten Verkehrsunfälle, bei denen Alkohol oder sonstige berauschende Mittel eine maßgebliche Rolle spielten, zu. Hier verzeichnete Niedersachsen ein Plus von fast 17 Prozent auf insgesamt 4.355 Verkehrsunfälle.

Innenministerin Daniela Behrens betonte hierzu: „Wir haben keinen Anlass, die Hände in den Schoß zu legen. Vielmehr werden wir uns auch weiterhin gemeinsam für ein besseres Miteinander und mehr Aufmerksamkeit und Respekt auf unseren Straßen einsetzen, um die Zahl der Verkehrsunfälle und der Verunglückten zu reduzieren. Insbesondere das Bewusstsein für das eigene Verhalten und das Verständnis für das der Anderen wollen wir stärken und so zu einem achtsamen Miteinander im Straßenverkehr ermutigen. Schließlich tragen wir alle im Straßenverkehr Verantwortung und können ihn mit unserem eigenen Verhalten sicherer machen.“

Rücksicht im Straßenverkehr ist im Jahr 2023 Schwerpunkt der landesweiten Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei Niedersachsen und wird von vielfältigen Aktionen und Maßnahmen geprägt sein.

Thomas Buchheit



Die Unfalluhr 2022 in Niedersachsen

- Ø alle **3 Minuten** ▶▶ nahm die Polizei einen Verkehrsunfall auf
- Ø alle **3 Stunden** ▶▶ endete ein Verkehrsunfall an einem Baum
- Ø alle **13 Minuten** ▶▶ verunglückte eine Person im Straßenverkehr
- Ø alle **3 Stunden** ▶▶ war ein verunglückter Motorradfahrender darunter
- Ø alle **80 Minuten** ▶▶ verunglückte eine Person im Alter zwischen 18 und 24 Jahren
- Ø alle **93 Minuten** ▶▶ verunglückte ein älterer Mensch ab 65 Jahren
- Ø alle **36 Minuten** ▶▶ kam ein Fahrradfahrender zu Schaden
- Ø alle **3 Stunden** ▶▶ verunglückte ein Pedelec-Fahrender
- Ø alle **4 Stunden** ▶▶ war die Gesundheit von zu Fuß Gehenden betroffen
- Ø alle **2,5 Stunden** ▶▶ verursacht ein fahruntüchtiger Fahrender einen Unfall
- Ø ----- **jeden Tag** ▶▶ kam ein Mensch im Straßenverkehr ums Leben

Anmerkung: Unter „Verunglückte“ zählen Getötete und Verletzte gemeinsam





Foto: Karsten Lipinski, PA NI

GROSSRAUM- UND SCHWERLASTTRANSPORTE (GST)

Begleitung durch die Hilfspolizei (Hipo)

Im Jahr 2022 mussten aufgrund von Auflagen durch die Genehmigungsbehörden knapp 24.000 GST-Begleitungen vorgenommen werden. Von diesen Transporten wurden etwa 22.500 (94%) durch insgesamt 129 an der Polizeiakademie Niedersachsen ausgebildete Hilfspolizistinnen und Hilfspolizisten verantwortlich begleitet. Lediglich bei 1.500 Transporten hat eine Polizeibegleitung stattgefunden.

Seit Projektbeginn (2016) stellt dieses Ergebnis einen Bestwert dar und trägt dazu bei, dass wir das Ziel, die Polizei von der Transportbegleitung zu entlasten, auch erreichen.

Die ausgebildeten Transportbegleiterinnen und -begleiter werden als deutliche Entlastung für die Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) wahrgenommen. Sie leisten qualitativ gute Arbeit und ermög-

lichen es, dass sich Polizeibeamtinnen und -beamten auf ihre Kernaufgaben wie z. B. **#mehrverkehrssicherheit** und Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können.

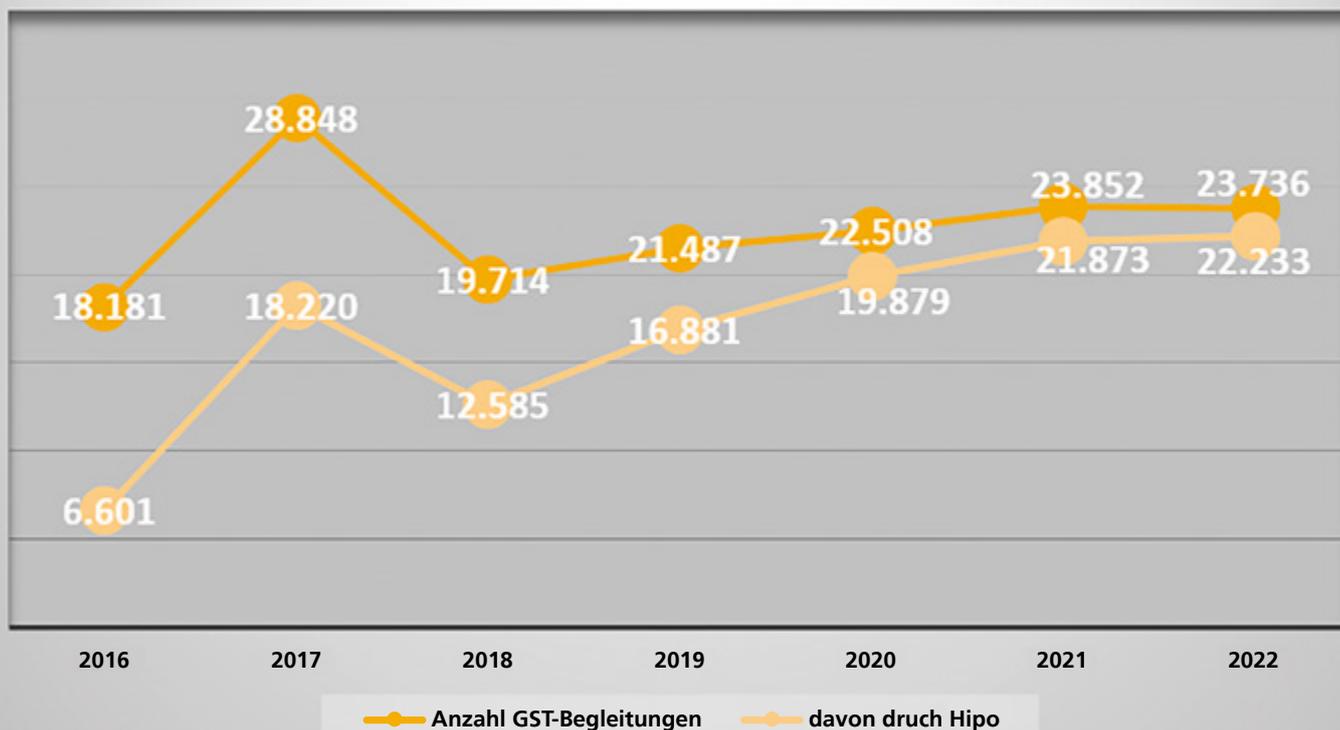
Lars-Christian Garbers



Ausblick:

Seit mehreren Jahren ist mit der Straßenverkehr-Transportbegleitungsverordnung (StTbV) eine bundesweite Regelung in der Entwicklung, die zukünftig die Möglichkeit schaffen soll, Transporte über Zuständigkeitsgrenzen hinaus ohne Unterbrechungen begleiten zu können. Eine solche Regelung würde das in Niedersachsen derzeit praktizierte Verfahren ablösen und die Polizei auch administrativ weitestgehend von der Begleitung von GST entlasten. Ein bereits 2018 vorgelegter Referentenentwurf wurde dazu durch das Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr (BMDV) nunmehr überarbeitet und ist noch hinsichtlich einheitlicher Aus- und Fortbildung (Festsetzung von Mindeststandards) sowie des Prozesses der Beleihung zu konkretisieren. Niedersachsen nimmt hierzu an einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe teil, um die Fortschreibung des Entwurfs zu beschleunigen und die Expertise aus dem einstigen Projekt „GST-Begleitung durch Hipo“ einzubringen.

GST-Begleitungen (NI) 2016 – 2022





Actionkamera

POLIZEI NIEDERSACHSEN

Verkehrsüberwachungs- technik und Recherchertools

Zur Unterstützung polizeilicher Kontroll- und Ermittlungstätigkeiten im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit ist die Landespolizei Niedersachsen bestrebt, Verkehrsüberwachungstechnik im erforderlichen Maße zur Verwendung und Beschaffung freizugeben. Nachstehend sind aktuelle Entwicklungen dargestellt:

Actionkamera: Anfang des Jahres 2023 wurde das Modell GoPro Hero 8 auf GoPro Hero 10 aktualisiert. Die Umstellung hat keine Auswirkungen auf die bisherige Verwendungszulassung.

Schallpegelmessgerät: Das Schallpegelmessgerät wurde als Einsatzmittel für die Polizei Niedersachsen erprobt und durch die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI) empfohlen. Es soll vorrangig der gerichtsfesten Dokumentation, aber auch zur bloßen Verdachtsgewinnung dienen und so das Portfolio der Verkehrsüberwachungstechnik sinnvoll ergänzen. Hiermit wird in weiteres Instrument zur Verfügung gestellt, um unter anderem der Posing-/Tuning-Thematik zu begegnen.

Download-Key: Zur Überwachung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr wurde der sogenannte Download-Key VDO/Matt zur Verwendung freigegeben. Der Auslesevorgang via Downloadkabel entsprach nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik und wird auch im Sinne des Arbeitsschutzes abgelöst.

Orbis-Datenbank (Vermögensabschöpfung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren mit Auslandsbezug): Die Orbis-Datenbank dient wie in vorherigen Ausgaben berichtet u. a. der Adressatenfeststellung in Verfallsverfahren und kann auch im laufenden Kalenderjahr nach erfolgreich abgeschlossenem Pilotprojekt weiter genutzt werden.

eGefahrgutdokument: Unternehmen können elektronische Gefahrgutbeförderungsdokumente nutzen. Um diese Dokumente abrufen und kontrollieren zu können, ist es beabsichtigt, die Polizei Niedersachsen an das Abfragesystem der Firma GBK GmbH (zertifizierte Stelle) anzubinden.

eBAIS: Im Rahmen von Abfalltransportkontrollen sollen Kontrollkräfte die Möglichkeit bekommen, auf das elektronische, behördliche Abfallinformationssystem (eBAIS) zugreifen zu können. eBAIS ermöglicht u. a. Recherchen nach Entsorgungsnachweisen, Entsorgungsfachbetriebszertifikaten, Notifizierungen und Begleitformularen.

RÜCKBLICK

61. Verkehrsgerichtstag 2023

Nach langer Pandemiezeit konnte der 61. Verkehrsgerichtstag (VGT) endlich wieder in Präsenz vom 25. bis 27. Januar 2023 in Goslar stattfinden. Die Medienresonanz war insbesondere im Hinblick auf den diesjährigen Arbeitskreis V „Auf der Suche nach geltenden und erforderlichen Grenzen für E-Scooter, Fahrräder & Co.“ beachtlich.

Die Thematik hatte die Verfasserin angesichts offener Fragen wie die Übertragbarkeit der 1,1-Promille-Grenze oder Anwendbarkeit der Regelvermutung für die Entziehung der Fahrerlaubnis in den Vorbereitungsausschuss des VGT eingebracht. Die Diskussion im Arbeitskreis wurde also mit Spannung erwartet. Die im Vorfeld des VGT von verschiedenen Institutionen erhobene Forderung, den Grenzwert für eine absolute alkoholbedingte Fahrunsicherheit für E-Scooter-Fahrer erst bei 1,6-Promille anzusetzen, erteilte der Arbeitskreis eine deutliche Absage. Stattdessen sprach er sich angesichts der Entwicklung der Unfallzahlen und dem festgestellten Fahrverhalten beim Führen von E-Scootern unter Alkoholeinfluss einstimmig für die Beibehaltung der Grenzwerte von 0,5 Promille im Ordnungswidrigkeitenrecht und 1,1 Promille im Strafrecht aus.

Auf großes Interesse stießen Rückmeldungen der Kölner Polizei- und Ordnungsbehörden zu einer möglichen Zusammen-

arbeit mit den Verleihunternehmen von E-Scootern: Bestätigung der Kenntnisnahme der notwendigen Trennung von Alkohol-/Drogenkonsum und dem Führen eines E-Scooters explizit in der App vor der Anmietung; Sperrung kritischer Bereiche in stark besuchten Stadtvierteln, Fußgängerzonen usw. und Flankierung dieser Maßnahmen durch polizeiliche Schwerpunktkontrollen, insbesondere abends, nachts und am Wochenende. Dadurch konnte in Köln ein nur vergleichsweise geringer Anstieg der Verkehrsunfälle mit E-Scootern verzeichnet werden.

Vor diesem Hintergrund empfahl der Arbeitskreis eine enge Zusammenarbeit zwischen Verleihunternehmen, Polizei und anderen Partnern der Verkehrssicherheitsarbeit. Er stellte zudem klar, dass private E-Scooter-Nutzende in die Unfallpräventionsarbeit einzubeziehen sind.

Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Regelvermutung des § 69 II StGB standen sich Pro- („Beibehaltung eines scharfen

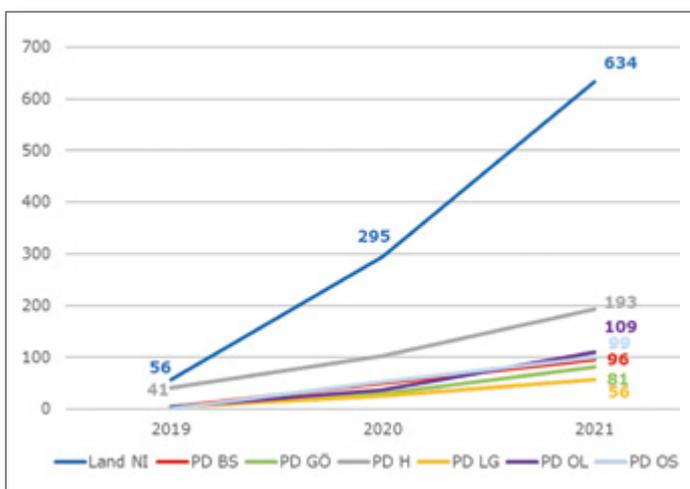
Schwertes gegen Trunkenheitstäter“) und Contra-Positionen („unverhältnismäßige Sanktion“) deutlich gegenüber.

Im Ergebnis der Diskussion sieht der Arbeitskreis jedoch bei einer Trunkenheitsfahrt mit einem fahrerlaubnisfreien Elektrokraftfahrzeug wie E-Scooter (§ 316 StGB) die Verhängung eines Fahrverbotes gemäß § 44 StGB grundsätzlich für ausreichend an.

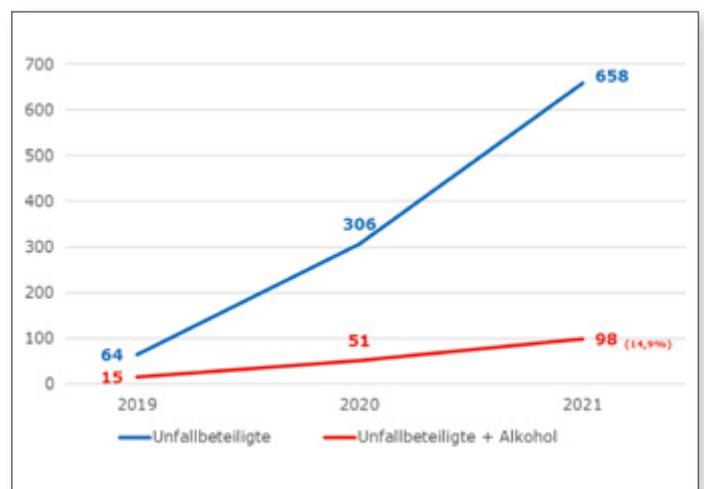
Eine Erweiterung dieser Empfehlung auf alle fahrerlaubnisfreien Kraftfahrzeuge fand im Plenum indes keine Mehrheit.

Zudem wurde die in diesem Zusammenhang wichtige, in der Praxis aber kaum erfolgende Umsetzung der in § 2 XII StVG verankerten polizeilichen Meldepflichten kritisiert. Für weitere Informationen, insbesondere zum polizeilichen Lagebild des Bundeslandes Niedersachsen, wird auf die Märzangabe 2023 der Fachzeitschrift Blutalkohol verwiesen.

Prof. a. d. PA Dr. Dela-Madeleine Halecker



Anzahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung eines E-Scooterfahrenden; Quelle: Weber, E-Scooter – Polizeiliches Lagebild für das Bundesland Niedersachsen, BA 2023, 114 ff.



Verkehrsunfallbeteiligung – E-Scooterfahrende unter Alkoholeinfluss; Quelle: Weber, E-Scooter - Polizeiliches Lagebild für das Bundesland Niedersachsen, BA 2023, 114 ff.

LAGEBILD

Deutliche Zunahme von Unfällen mit E-Scootern

Das von der Polizeidirektion Hannover erstellte Lagebild für ganz Niedersachsen spricht klare Bände: Seit dem Angebot der ersten E-Scooter im Jahr 2019 steigt nicht nur die Nutzung der Kleinstfahrzeuge an. Auch die Zahl der Unfälle mit E-Scooter-Beteiligung nehmen weiter zu. Und oft spielt das Thema Alkohol eine Rolle.

Der Polizeidirektion (PD) Hannover wurde im Rahmen der Landesfachstrategie Verkehr der Polizei Niedersachsen die Themenverantwortlichkeit für „Neue Mobilitätsformen“ und damit auch für Elektrokleinstfahrzeuge zugewiesen. Ein erstes Lagebild zeigt: Die Verkehrsunfallentwicklung im E-Scooterverkehr lässt auf das grundsätzliche Nutzungsverhalten von E-Scooterfahrenden schließen. Gerade im Vergleich zu anderen Verkehrsbeteiligungsarten sind deutlich abweichende Trends erkennbar.

Anders als beispielsweise im Radverkehr ereignen sich die meisten Verkehrsunfälle eben nicht zu Zeiten des Berufsverkehrs am Morgen oder Nachmittag, jeweils von Montag bis Freitag. Es ist vielmehr eine

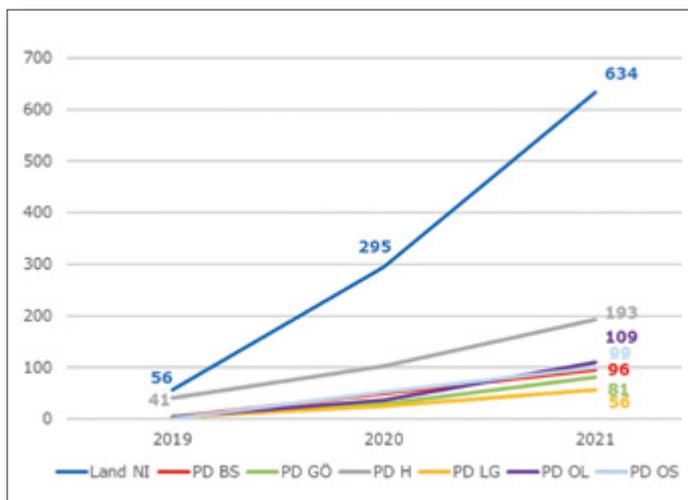
Konzentration auf den Nachmittag und den Abend, von Mittwoch bis Samstag, festzustellen. Bei der Nutzung von E-Scootern steht nicht der sogenannte letzte Kilometer, der auf dem Weg von oder zur Arbeit bis zur nächsten Haltestelle des ÖPNV zurückgelegt wird, im Vordergrund, sondern vielmehr die Nutzung in der Freizeit. Beispielsweise sind in den innerstädtischen Bereichen eine Vielzahl von Fahrten zwischen Veranstaltungsortlichkeiten, Restaurants, Discotheken und Kneipen zu den Hauptunfallzeiten festzustellen.

Das abweichende Nutzungsverhalten begünstigt auch eine häufigere Beeinflussung von E-Scooterfahrenden durch Alkohol als es bei anderen Verkehrsbeteiligungsarten der Fall ist.

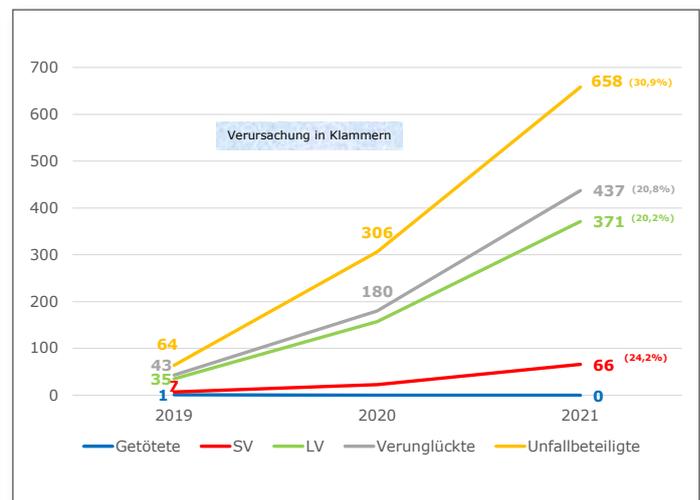
Beispielhaft ergab eine Schwerpunktkontrolle an einem Veranstaltungstag des Maschseefestes in Hannover, dass von 30 kontrollierten E-Scooterfahrenden 27 unter dem Einfluss von Alkohol ihr Kraftfahrzeug führten, wobei der überwiegende Teil sich im erlaubtem Rahmen bewegte.

Der fast dreimal höhere Anteil alkoholisierter Unfallbeteiligter im E-Scooterverkehr im Vergleich zum Radverkehr unterstreicht die besondere Problemstellung der Alkoholbeeinflussung von E-Scooterfahrenden im Straßenverkehr, insbesondere vor dem Hintergrund der stark zunehmenden Nutzungszahlen und den damit verbundenen Verkehrsunfallzahlen.

Nils Weber



Anzahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung E-Scooter



E-Scooter-Fahrende – Unfallfolgen



Auf der Suche nach Grenzen für E-Scooter, Fahrräder und Co

Neue Mobilitätsformen spielten beim 61. Gerichtsverkehrstag in Goslar bereits zu Jahresbeginn eine übergeordnete Rolle. Landesweit zuständig ist die Polizeidirektion Hannover.

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Nicht nur mit Blick auf deutlich umweltfreundlichere Antriebstechnologien in Kraftfahrzeugen, sondern auch darauf, mit welchen Fahrzeugen sich die Menschen fortbewegen. Insbesondere in Ballungsräumen sind E-Scooter kaum noch wegzudenken. Hinsichtlich der Verkehrssicherheit bieten diese jedoch auch Bedarfe der Regulierung, die bereits im Januar beim 61. Verkehrsgerichtstag (VGT) in Goslar in den Fokus rückte.

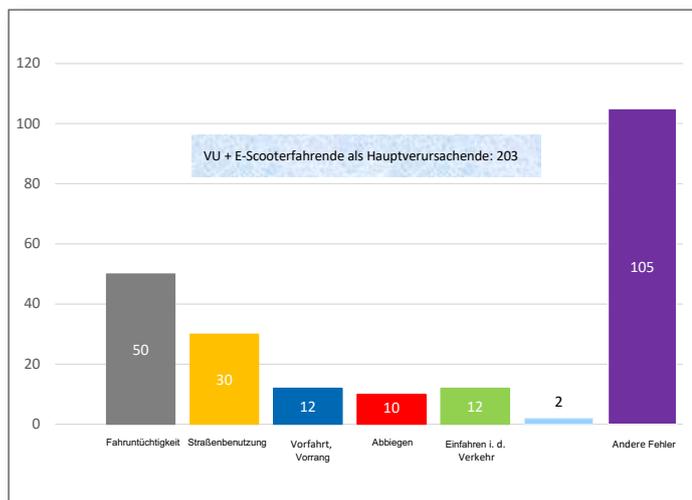
Die PD Hannover ist im Rahmen der Fachstrategie Verkehr für das Handlungsfeld „Neue Mobilitätsformen“ und damit für die sogenannten E-Scooter landesweit zuständig. Nicht ohne Grund begab sich der Verkehrsdezernent der Polizeidirektion Hannover, Nils Weber, in einem gleichnamigen Arbeitskreis „auf die Suche nach geltenden und erforderlichen Grenzen für E-Scooter, Fahrräder & Co“.

Im Rahmen von vier Impulsvorträgen wurde im Kontext E-Scooter zur Übertragbarkeit der 1,1 Promille-Grenze, der Anwendbarkeit der Regelvermutung gem. § 69 (2) StGB, zum behördlichen Untersagen des Führens fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge sowie zum Lagebild E-Scooter der Polizei Niedersachsen in die Veranstaltung eingeführt.

Nils Weber zeigte in seinem Vortrag deutlich auf, dass die Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen auf eine abweichende Nutzung von E-Scootern im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln schließen lässt. Es sind Schwerpunkte in einem freizeitorientierten, innerstädtischen und ganzjährigen Gebrauch festzustellen, der u.a. zu einem signifikant höheren Anteil alkoholisierten Unfallbeteiligter führt. Im Jahr 2021 waren 14,9 % der an einem Unfall beteiligten E-Scooterfahrenden alkoholisiert. Im Fahrradverkehr lag der Anteil lediglich bei 5,9%.

➔ Der Arbeitskreis verabschiedete deshalb folgende Empfehlungen:

- ▶ Das Beibehalten der bisherigen Alkoholgrenzwerte für E-Scooter.
- ▶ Eine enge Zusammenarbeit von Verleihunternehmen und Polizeibehörden sowie weiteren Parteien der Verkehrssicherheitsarbeit.
- ▶ Dem Gesetzgeber wird empfohlen, § 69 (2) StGB dahingehend zu ändern, dass die Regelvermutung für eine Entziehung der Fahrerlaubnis bei einer Trunkenheitsfahrt (§ 316 StGB) mit einem E-Scooter als fahrerlaubnisfreies Elektrokraftfahrzeug nicht greift. Die Verhängung eines Fahrverbotes (§ 44 StGB) wird als grundsätzlich ausreichend erachtet.
- ▶ Dem Gesetz- und Ordnungsgeber wird empfohlen, bezüglich der Anforderungen an die Fahreignung für fahrerlaubnisfreie Fahrzeuge und mögliche Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörden bei Ungeeignetheit für klare Regelungen zu sorgen.



Hauptunfallursachen E-Scooter-Fahrende

PI LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

„Polizei erklärt E-Scooter“ – Videoprojekt mit Erfolg

Martin Schwanitz, Verkehrssicherheitsberater der PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, erstellte im Frühjahr 2022 ein Video zum Thema „E-Scooter“. Das Video kam deutschlandweit richtig gut an und erreichte vor allem eins: die Zielgruppe!

? **Hallo Martin, wieso ein Video zum Thema E-Scooter?**

Schwanitz: Als „Präventor“ muss man eine neue Verkehrsart im Auge behalten, um kritische Entwicklungen beeinflussen zu können. Schnell war klar, dass es relativ viele Unfälle mit E-Scootern geben würde und dass es Aufklärungsbedarf gibt – auch weil viele Nutzende unwissend sind.

? **Was genau behandelst du in deinem Video?**

Schwanitz: Das zehnmünütige Video untergliedert sich in folgende Kapitel: Allgemeines, Alkohol & Drogen, Abbiegen, Wegenutzung und Technisches. Gerade bei den Kapiteln Alkohol & Drogen und Wegenutzung war und ist Aufklärungsarbeit sehr notwendig und wichtig.

? **Wie kam das Video bisher an?**

Schwanitz: Die Auswertung zeigt, dass sich gerade E-Scooter-Nutzende das Video ansehen. Die Aufrufe und Wiedergabeminuten steigen weiterhin kontinuierlich. Wir sind nun bei ca. 76.000 Aufrufen – je Aufruf wird das Video fast fünf Minuten angesehen. Knapp 900, überwiegend positive, Kommentare und über 2000 „Gefällt mir“-Klicks sprechen zudem für eine sehr hohe Interaktivitätsquote.

? **Das Video wirkt modern und frisch – kannst du kurz was zur Umsetzung erzählen?**

Schwanitz: Das Video wurde in Lüneburg gedreht – dafür ist ein Kollege mit dem Fahrrad vorweggefahren und hatte die Kamera am Rücken befestigt.

Das komplette Equipment wurde übrigens von der Verkehrswacht bezahlt. Die Inhalte und der Dreh wurden durch mich übernommen. Ein Profi für Videobearbeitung sorgte letztendlich für den Feinschliff.

Das Interview führte Tarek Gibbah.



Martin Schwanitz



Der Link zum Video:



https://www.youtube.com/watch?v=RPL_RgcOixY



LANDESWEITE VERKEHRSSICHERHEITSKAMPAGNE 2023

Rücksicht im Straßenverkehr

Den umgangssprachlich mit „Gegenseitige Rücksichtnahme“ zusammengefassten § 1 StVO kennt fast jeder Verkehrsteilnehmende. Oft wird er zitiert, wenn im Straßenverkehr etwas Negatives geschehen ist, wie z. B. eine Behinderung, Gefährdung oder schlimmer, ein Verkehrsunfall.

Die von klima- und energiepolitischen Aspekten getragene Mobilitätswende generiert neue und komplexe Verkehrssituationen, welche mehr Verständnis und vor allem Rücksicht bei allen Verkehrsteilnehmenden erfordern. Für die polizeiliche Praxis ist das Themenfeld Rücksicht oftmals schwer zu greifen, da der Polizei auf den ersten Blick nur wenige Werkzeuge zur Überwachung und Sanktionierung zur Verfügung stehen. Dabei stellt Rücksicht eine fundamentale Säule in der Verkehrssicherheitsarbeit dar. Wenn Verkehrsteilnehmende miteinander statt gegeneinander agieren, wird das Verständnis füreinander gefördert. Hierzu bedarf es einer Verbesserung des Verkehrsklimas. Ziel ist dabei, den Einzelnen vom Ich-Denken zum Wir-Gefühl zu bewegen.

Verständnis, Akzeptanz, Aufmerksamkeit und Respekt können unter dem Begriff Rücksicht zusammengefasst werden und sind damit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Verwirklichung der „Vision Zero“ auf unseren Straßen, zu der sich

auch unsere Landesregierung bekennt. Denn wer sich rücksichtsvoll im Straßenverkehr verhält, trägt aktiv zur Entschärfung von Verkehrssituationen bei.

Um hierauf einen Fokus zu setzen, liegt der landesweite Schwerpunkt der Verkehrssicherheitsarbeit 2023 in Niedersachsen auf „Rücksicht“ im Straßenverkehr. Vom Zu Fuß Gehenden bis zum LKW-Führenden, vom Schulkind bis zum Senior sind alle Verkehrsteilnehmenden Adressaten der Kampagne. Die breit aufgestellte Zielgruppe ermöglicht einen ganzheitlichen Ansatz bei der Verkehrssicherheitsarbeit und somit auch eine Fülle an zielgerichteten operativen Maßnahmen mit sowohl präventivem als auch repressivem Charakter. Dies beginnt folglich schon beim Gespräch mit den Chauffierenden der „Elterntaxi“ vor der Schule, geht über den Radfahrenden, der sich auf dem Gehweg befindet und endet – natürlich nicht abschließend – beim Geschwindigkeitsverstoß auf der Landstraße.

Neben dem niedrigschwelligen Tätigwerden bieten sich besonders aufklärende Gespräche über die erkannten Gefahrenaspekte als Sensibilisierungsmaßnahme an.

Mit Hilfe unserer Kooperationspartner und weiterer Träger der Verkehrssicherheitsarbeit wird es zeitnah möglich sein, der Polizei Niedersachsen neben den bereits vorhandenen Präventionsmaterialien umfangreiche Materialien und Social-Media Inhalte zur Verfügung zu stellen. Mit breit aufgestellten und spezifischen Inhalten können alle Zielgruppen angesprochen und zum Umdenken angeregt werden.

Ziel der polizeilichen Arbeit ist es dabei letztlich den § 1 StVO – eben die gegenseitige Rücksichtnahme – greifbar zu machen und mit Leben zu füllen. So können alle Verkehrsteilnehmenden zu **#mehrverkehrssicherheit** auf den Straßen in Niedersachsen beitragen.

POLIZEIINSPEKTION VERDEN/OSTERHOLZ

„FiFa – Fit fahren, statt fast and furios“ und „Fahrschulprojekt“

Die Altersgruppe 18 – 24 Jahre ist in der Statistik der schweren und tödlichen Verkehrsunfälle jährlich die anführende Risikogruppe. In der Verkehrsprävention hat die Inspektion daher das Ziel, möglichst alle Jugendlichen im Zuständigkeitsbereich mit Themen der Verkehrssicherheit zu erreichen und bietet seit 2016 allen weiterführenden Schulen im Landkreis Verden das FiFa-Projekt für alle 10. Klassen an.

Ziel ist es, mit den Schülern*innen in ein Gespräch auf Augenhöhe zu kommen, sie verständnisvoll ernst zu nehmen und Interesse an ihren ganz individuellen Bedürfnissen und Problemen zu zeigen – dabei sollen sie ihr Verhalten im Straßenverkehr hinterfragen und dadurch zum Positiven verändern.

In zwei Doppelstunden führt die Verkehrssicherheitsbeauftragte der Inspektion den Projekttag in den Schulklassen durch. Gerade zu Beginn ist es entscheidend, eine Beziehung zu den Teilnehmenden herzustellen und den Zweck der Veran-

staltung authentisch zu vermitteln: Dass wir eben nicht mit moralischem Zeigefinger daherkommen oder über Verbote sprechen wollen, sondern, dass es uns als Polizei am Herzen liegt, dass die Teilnehmenden im Straßenverkehr immer sicher an ihr Ziel kommen.

Eingehend werden den Teilnehmenden Fotos – mitunter tödliche Verkehrsunfälle aus dem Landkreis – dargestellt, welche junge Fahranfänger*innen verursachten. Zusätzlich wird ein von der Polizei selbst gedrehter Film gezeigt. Eltern, deren Sohn im Alter von 19 Jahren im Land-

kreis Verden tödlich verunglückt ist, und ein Polizist, der den Unfall aufgenommen hat, berichten dabei eindrucksvoll, wie sie diesen Tag erlebt haben. Gerade die Unfallfotos und die Videos lösen bei den Schülern*innen nicht nur emotionale (regionale) Betroffenheit aus, sondern wecken vielmehr auch das Interesse, das Thema weiter zu vertiefen.

Im zweiten Teil erarbeiten die Teilnehmenden in spontanen Rollenspielen verschiedene themenbezogene Alltagssituationen. Nach kurzer Vorbereitungszeit wird die jeweilige Situation der gesamten Klasse



Fahrschulprojekt

- ◀ vorgespielt. Die meisten Schüler*innen haben Spaß an diesem „Impro-Theater“ und beweisen sich richtig kreativ und einfallreich. Die gesamte Gruppe bespricht nach jeder Vorstellung die jeweilige Situation, welche die Mitschüler*innen zuvor darstellten. Ebenso sprechen die Teilnehmenden offen und klar über Themen wie Fahrten unter Einfluss von Alkohol oder andere Drogen und Hilfe für Angehörige von Suchterkrankten. Oft teilen Einzelne ganz offen eigene Erfahrungen mit. Gemeinsam diskutieren die Teilnehmenden mögliche Lösungsvorschläge.

Die Projektverantwortlichen legen besonderen Wert auf die Peer to Peer Education. Gerade die Arbeit im vertrauten Klassenverband bestärkt die Schüler*innen, sich auf das Thema einzulassen und einander zuzuhören. Die Sozialarbeiterin einer Verdener Schule sagte neulich nach dem Projekttag: „Überzeugend und lösungsorientiert, statt mit erhobenem Zeigefinger!“.

Unterdessen richtet sich das inspektionsweite Fahrschulprojekt an junge

Fahranfänger*innen. Dabei besuchen Kolleg*innen der Einsatz- und Streifendienste Theoriestunden in Fahrschulen. Die Vorträge erwecken nicht zuletzt durch Verkehrsunfälle aus der Region Betroffenheit bei den Fahrschüler*innen. Gerade jugendtypische Verhaltensweisen, wie Partys feiern und lautes Musik hören, aus denen Gefahren im Straßenverkehr erwachsen können, erarbeiten die Teilnehmenden gemeinsam.

Auch wenn Prävention bekannter Weise nicht konkret messbar ist – das rege Interesse und die große Beteiligung der Teilnehmenden bestärkt alle Verantwortlichen, die Projekte mit großen Engagement fortzuführen. Wenngleich beide Projekte vor allem mit verkehrspräventiven Charakter auf junge Menschen zugehen sollen, entwickeln sich im Anschluss immer wieder Gespräche über die Polizei, Bewerbungen und das Studium.

Andrea Sudmann



MEHR FAHRTÜCHTIGKEIT

Mit Kompetenz zum Erfolg

Mobilität, Technik, Gesellschaft – vieles ist im Wandel. Das betrifft auch und gerade die Polizei.

So wird im Rahmen der Fachstrategie Verkehr der Polizei Niedersachsen auch die Fahrtüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden neu ins Visier genommen. Schließlich sind die Zeiten, in denen sich die Fahrtüchtigkeit ausschließlich mit dem Konsum von Alkohol und Betäubungsmitteln in Verbindung bringen lässt, längst überholt.

Um die aktuellen und auch zukünftigen Anforderungen rund um dieses Themenfeld professionell bewältigen zu können, wurde neben der strategischen Neuaufstellung und einer Aktualisierung der polizeilichen Fortbildung eine fachbezogene Ansprechstelle in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen eingerichtet.

Seit November 2022 richtet PHK'in Anna-Lena Wallis auf diesem Dienstposten ihr Augenmerk auf die Wahrnehmung koordinierender Aufgaben und Referententätigkeiten im Bereich des neuen Fortbildungskonzeptes. Darüber hinaus ist sie Ansprechpartnerin für das Landespolizeipräsidium und die Flächenbehörden und wirkt an bundesweiter Gremienarbeit mit. Zusätzlich steht eine enge Zusammenarbeit mit weiteren Abteilungen für Verkehrstechnik, Kriminaltechnischen Instituten (Drogenvortest/Alkomaten) sowie die Initiierung innovativer Projekte im Vordergrund. Die Polizei Niedersachsen zeigt damit auch hier ihren Einsatz für **#mehrverkehrssicherheit**.



 **Kontakt**

PHK'in Anna-Lena Wallis

Telefon: 0511 9695-2311

INTERVIEW-SERIE

Auf eine Tasse mit Andreas Dobslaw

Kurze Einleitung – wer bist Du, wo versiehst Du momentan Deinen Dienst und wie lang schon, wo warst Du vorher: Ich heiße Andreas Dobslaw und versehe meinen Dienst seit 1997 bei der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen. Hier bin ich seit mehr als 17 Jahren als Sachbearbeiter Verkehr (SbV) für die drei Landkreise zuständig. Meine dienstliche Laufbahn begann 1983 beim damaligen BGS. Von dort ging es über die Polizei Stuttgart schlussendlich zur Polizei Niedersachsen, wo ich abwechslungsreiche und spannende Dienstposten kennenlernen durfte. Die Verwendung in der Verhandlungsgruppe war dabei sicher das Highlight meiner Dienstzeit.



? Beschreibe uns Deine Tätigkeit und Deine Funktion und vor allem Deine Motivation?

Dobslaw: Als SbV obliegt mir die Geschäftsführung von vier Unfallkommissionen. Das macht den größten Teil der täglichen Arbeit in einer „Dreikreis-PI“ aus, denn dazu gehören auch zeitintensive Verkehrsschauen. Darüber hinaus bearbeite ich, zentral für die drei Landkreise, Genehmigungsverfahren für Baustellen und Veranstaltungen, stimme verkehrsbehördliche Genehmigungen ab und bin in größeren Einsätzen für den Bereich Verkehr zuständig. Und natürlich betreue ich auch die politischen Gremien in den Landkreisen. Vor der Reform 2004 war in jedem der drei Landkreise ein SbV tätig – seither übe ich diese Funktion allein aus. Eine Evaluation dieser Neuorganisation habe ich mir gewünscht – gegeben hat es sie leider nicht. Unterstützung erhalte ich von vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich um die Unfallanalysen kümmern. Diese Arbeit ist elementar, damit wir im Rahmen der Unfallkommissionsarbeit Erfolge erzielen und Dritte aus Politik, Planungsbüros, Presse oder Verwaltungen mit belastbaren Daten versorgen können.

Die Folgen schwerster Unfälle sind mir aus den mehr als 16 Jahren im Einsatz- und Streifendienst (ESD) immer noch präsent und ich versuche hier meinen Beitrag dafür zu leisten, dass es möglichst nicht mehr dazu kommt. Alles in allem habe ich als SbV meinen Traumjob gefunden. Was mich betrübt ist der Umstand, dass diese Tätigkeit im Land kaum noch objektiv bewertet wird. Ich habe in den 17 Jahren viele gute Programme gesehen. Mittel für deren Umsetzung waren selten vorhanden. Und was vermutlich den wenigsten klar ist: In einer Dreikreis-PI spielt Politik eine sehr große Rolle, auch für einen SbV. Wie es auch sei, wenn ich heute durch meinen Zuständigkeitsbereich fahre und verbesserte Verkehrssituationen oder erfolgreich umgesetzte Maßnahmen sehe, bin ich zufrieden.

? Was war Dein interessantester und/oder außergewöhnlichster Einsatz/Fall?

Dobslaw: Mein größter persönlicher Erfolg war sicher die Realisierung des Großprojekts „Dreibeine in drei Landkreisen“ bei dem es um die Verhinderung von Wildunfällen ging und das bundes-

weit und sogar bis nach Schweden „exportiert“ wurde. Mein größter Fall ist die aktuell noch laufende Entschärfung der Bundesstraße 4 nördlich von Uelzen, die voraussichtlich bis 2025 abgeschlossen sein wird. Dann soll der bisher zweispurige und hoch unfallbelastete, 17 km lange Bereich im Bestand auf einen „2+1 Querschnitt“ umgebaut sein. Die bisher getroffenen Maßnahmen waren schon sehr erfolgreich und alle Beteiligten haben hier einen wirklich guten Job gemacht. Am interessantesten und aufwendigsten ist es jedoch immer noch, vier Unfallkommissionen in drei Landkreisen, sowie die dazugehörigen Institutionen, Medien und auch die Politik, in Netzwerke einzubinden.

? Kannst Du uns 3 Dinge nennen, die wir über Deine Dienststelle bzw. Deinen Dienstbereich wissen sollten?

Dobslaw: 1. Die Unfall-Statistik ist die Grundlage einer erfolgreichen Unfallkommissionsarbeit und eben kein Selbstzweck. Es wäre schön, wenn dies in der Polizei endlich anerkannt würde. Jede entschärfte Unfallhäufungsstelle entlastet vor allem die Polizei, weil sie eben weniger Unfälle aufnehmen und bearbeiten muss. Letztlich geht es um den Schutz von Leib und Leben, also um Gefahrenabwehr.

2. Eine gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist wichtig für eine erfolgreiche Tätigkeit als SbV in einer „Dreikreis-PI“, denn sie sind bei solch einer großen Fläche die Augen und Ohren vor Ort. In meinem Zuständigkeitsbereich hat das immer gut funktioniert und daher: Herzlichen Dank für die Unterstützung in den 17 Jahren!

3. Und zu guter Letzt darf es sicher auch eine kritische Anmerkung sein: Nach 17 Jahren als SbV muss ich feststellen, dass wir dem Ziel „Vision Zero“ mit etwas mehr Wertschätzung und Unterstützung für die Bereiche SbV und VSB deutlich schneller näherkommen könnten. Es geht immer um Leib oder Leben von Menschen und daher halte ich es für falsch, hier als Polizei nur auf die Bereiche zu setzen, die gerade im Mainstream der Medien oder der Gesellschaft liegen. Egal, ob ein Mensch durch einen Unfall oder eine Straftat körperliche Schäden erleidet oder gar zu Tode kommt. Für ihn und seine Angehörigen ist das Schicksal immer gleich schwer zu ertragen.

? So, und nun die wichtigste Frage: Kaffee oder Tee?

Dobslaw: Noch immer Kaffee, auch wenn ich mich gerade dem Tee-Trinken annähere.

Das Interview führte Tarek Gibbah.

NIEDERSACHSEN

IMK

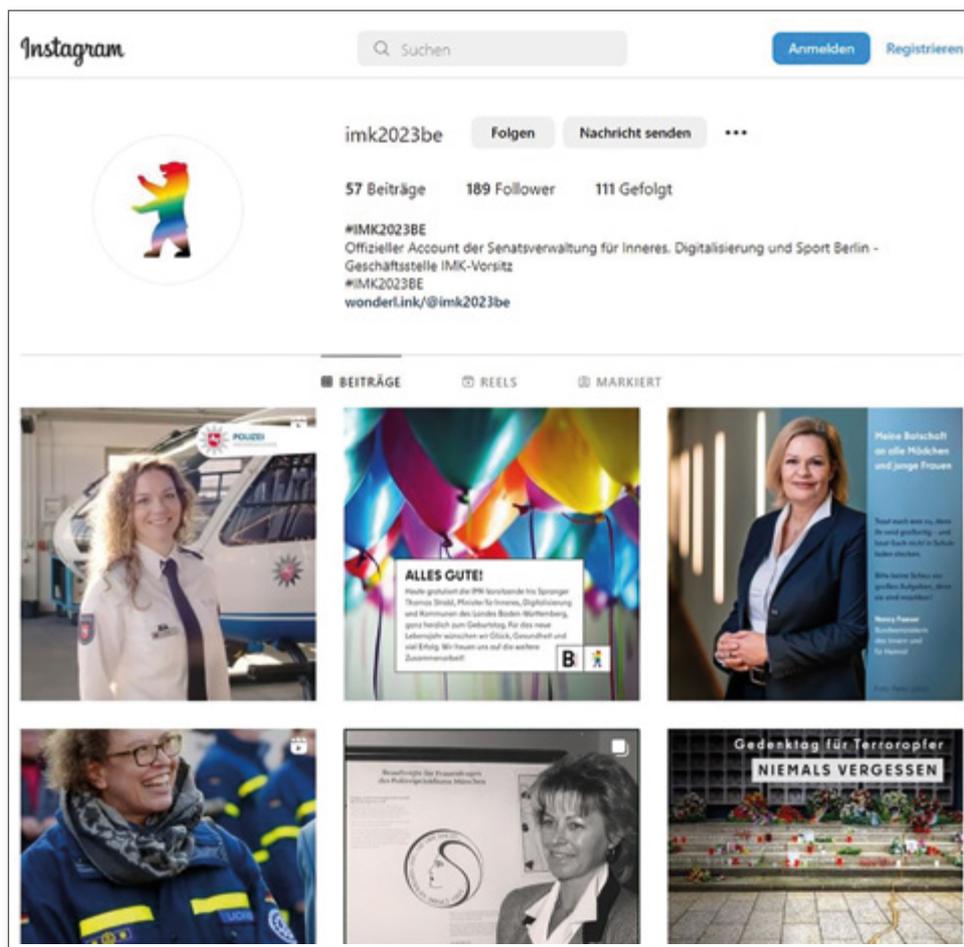
Instagram-Kampagne

„DIE ERSTE“

Portrait von Natalie Preiß als Teil der digitalen Initiative der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)

Die auf mehrere Wochen ausgelegte Kampagne auf dem Instagram-Kanal der IMK hat „starke“ Frauen vorgestellt, die im Bereich der Inneren Sicherheit aktuell Funktionen wahrnehmen, die ehemals als klassische Männerdomänen galten. Als erste Frau an der Spitze der Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen erklärte sich Natalie Preiß dazu bereit, im Rahmen der IMK-Kampagne „Gesicht zu zeigen“.

Finny Petermann



POLIZEIDIREKTION HANNOVER

Unfallermittler setzen zunehmend auf digitale Spuren

Die fortlaufende Digitalisierung der Mobilität bewirkt, dass die Anzahl der verbauten Steuergeräte in den Kraftfahrzeugen hinweg stetig ansteigt. Zu der wachsenden Menge der digitalen Daten gibt es in der PD Hannover nun ein Pilotprojekt.

Mittlerweile standardisierte Fahrsicherheitssysteme führen dazu, dass das Auftreten klassischer (analoger) Unfallspuren, wie z. B. den Bremsblockierspuren, an der Unfallstelle abnimmt. Hier können – und perspektivisch werden – digitale Verkehrsunfallspuren (DVUS) ergänzend zu einer objektiven Unfallrekonstruktion beitragen und als Beweismittel im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren herangezogen werden.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen insbesondere die Daten des sogenannten Event-Data-Recorders (EDR), der im Airbagsteuergerät verbauten „Black Box“ der Kraftfahrzeuge. Registriert der EDR ein Event, werden Parameter wie Geschwindigkeit, Pedalstellung und Lenkeinschlag zu dem vor- und nachkollisionären Verhalten des Fahrzeugs gespeichert. Ab Juli 2024 wird der EDR für sämtliche Erstzulassungen von Pkw innerhalb der EU verpflichtend sein.

Die Landesarbeitsgruppe (LAG) „Digitale Verkehrsunfallspuren“ setzte sich im vergangenen Jahr intensiv mit der Thematik auseinander.

Basierend auf den Erkenntnissen der LAG wurde durch das Niedersächsische Innenministerium die PD Hannover mit der einjährigen Pilotierung „Digitale Verkehrsunfallspuren“ beauftragt. Unter der Projektleitung von Polizeidirektor Andreas Dessau wird der Zentrale Verkehrsdienst der dortigen PI Besondere Dienste die Pilotierung verantwortlich durchführen.

Um die Ergebnisse der Pilotierung landesweit auch auf andere Behörden und Dienststellen übertragen zu können, nimmt die PI Hildesheim (PD Göttingen) an dem Vorhaben teil. Die Pilotierung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen und der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen.

Am 01.04.2023 erfolgte der Startschuss. Die Erhebung DVUS soll bei Verkehrsunfällen mit Personenschäden, mit außergewöhnlich hohen Sachschäden, bei Unfällen infolge von verbotenen Kraftfahrzeugrennen sowie bei Unfällen unter Beteiligung von Einsatzfahrzeugen erfolgen. Das Auslesen passiert direkt an der Unfallörtlichkeit oder im Nachgang am sichergestellten Airbagsteuergerät.

Gerade mit Blick auf die verpflichtende Einführung des EDR im Jahr 2024 ergreift die Polizei Niedersachsen so die Initiative, zukünftig auch bei Verkehrsunfällen „digital“ auf Spurensuche gehen zu können.

Marcel Thiele/Sebastian Akamp

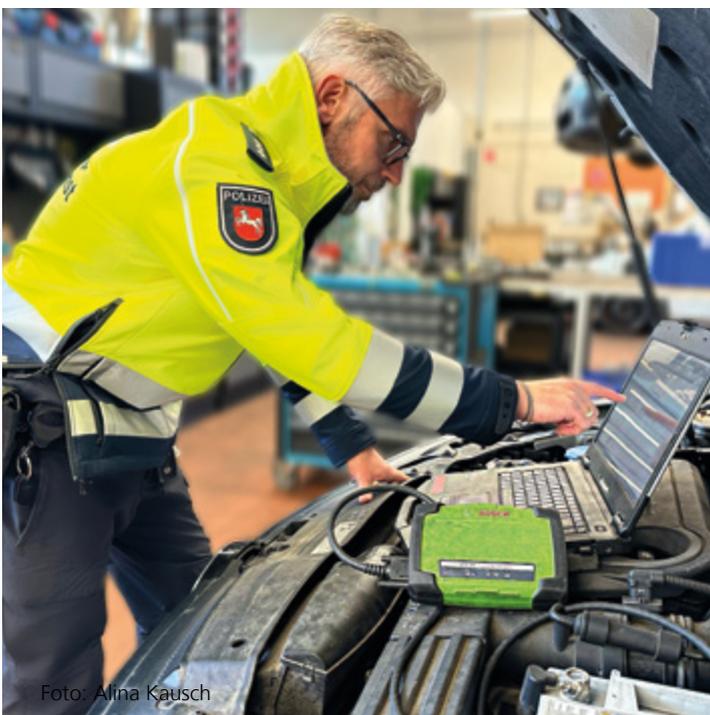


Foto: Alina Kausch

➔ Mehr zum Thema gibt es bei null1|5 unter:

Suchen in null1|5 nach ... 🔍 →

„Erprobung Digitaler Verkehrsunfallspuren“





Rüttelstreifen Seitenansicht

SICHER DURCH DEN HARZ

„Rüttelstreifen“ sollen Kurven im Oberharz entschärfen

Großer Beliebtheit bei Motorradfahrern im Harz erfreut sich weiterhin die kurvenreiche Strecke zwischen Braunlage und Hohegeiß im Bereich des „Kesselbergs“.

Allerdings ist dieser Abschnitt der Bundesstraße 4 dadurch auch einer mit der größten Unfallhäufung im Oberharz. Seit 2012 kam es hier zu 53 Verkehrsunfällen mit motorisierten Zweirädern, bei denen zehn Personen leicht verletzt wurden. 32 Personen erlitten schwere Verletzungen, vier verstarben an den Unfallfolgen.

Nach dem letzten Unfall mit tödlichem Ausgang im Mai des Jahres 2022 erfolgte zum wiederholten Male eine Betrachtung des Verkehrsraumes und der Unfalllage durch die Unfallkommission – mit einstimmigem Ergebnis: Der Landkreis Goslar, die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und die Polizeiinspektion Goslar beabsichtigen sogenannte „Rüttelstreifen“ vor den gefährlichen Kurvenlagen auf der Fahrbahn aufzubringen. Sinn ist es dabei, den Zweiradverkehr für die Gefährlichkeit des Streckenabschnitts zu sensibilisieren. Die Rüttelstreifen sollen die gefahrenen Geschwindigkeiten verringern und somit die Unfallgefahr senken.

Zuvor hatte es bereits diverse Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallzahlen gegeben. So wurden zwei Mittelstreifen installiert, die Geschwindigkeit auf 80 km/h begrenzt, an den Schutzplanken ein Unterfahrschutz angebracht und ein Überholverbot eingerichtet. Zudem wurden die Verkehrskontrollen in diesem Bereich intensiviert – mit zum Teil erschreckenden Ergebnissen: Teilweise waren Motorräder mit mehr als 180 Km/h gemessen worden.

Die benachbarten Bundesländer Sachsen-Anhalt und Thüringen haben mit unterschiedlichen Rüttelstreifen bereits positive Erfahrungen gesammelt. Die Unfallzahlen gingen teils signifikant zurück. Allerdings weisen die bislang verbauten Streifen nur eine geringe Haltbarkeit auf. Die durch die Straßenräumung des Winterdienstes verursachte Degeneration des Materials erfordert mancherorts in jedem Frühjahr eine Erneuerung. Diese Erfahrungen werden in die Planungen für den Bereich des Kesselbergs einfließen, um nachhaltigere Lösungen zu erreichen.

Kurz vor dem Start in die Motorradsaison 2023 hat die Polizeiinspektion Goslar nun den Staffelstab für die Verkehrssicherheitsinitiative „Sicher durch den Harz“ an die Polizei Thüringen übergeben. Bereits seit 2008 existiert diese Kooperation der Polizeiinspektion Goslar mit der Polizei Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Polizeidirektion Göttingen. Bei länderübergreifenden Kontrollen und Präventionseinsätzen wird auf die Gefahren des Motorradfahrens im Harz hingewiesen. Dadurch wie auch durch die Erhöhung des restriktiven Kontrolldrucks gelang es, die Unfallzahlen insbesondere mit Beteiligung von Motorrädern in weiten Teilen des Harzes zu senken.

Die Einführung der Rüttelstreifen auf der Bundesstraße 4 soll nun als Präventivmaßnahme die Unfallzahlen weiter senken und aktiv zur Motorradsicherheit beitragen.



Symbolbild Gewalt gegen Einsatzkräfte

POLIZEIDIREKTION HANNOVER

Beleidigt, geschlagen und verletzt

Die Zahl der Gewalttaten gegen Einsatzkräfte steigt weiter. Was in der Silvesternacht in den medialen Fokus rückte, ist für den Einsatz- und Streifendienst vielerorts Alltag. Auch Rettungsdienste und Feuerwehren geraten häufig in Bedrängnis.

Nicht nur in Berlin wurde es für Einsatzkräfte zum vergangenen Jahreswechsel an vielen Stellen brenzlich. Auch in niedersächsischen Städten ereigneten sie sich: Pyro-Attacken auf Polizei und Feuerwehren. Viel diskutiert wurde unter anderem über bewusst auf Einsatzkräfte abgefeuerte Raketen und Böller in Garbsen, die mehrere Feuerwehrleute verletzten. Immerhin konnte die Polizei mehrere Tatverdächtige ermitteln und entsprechende Verfahren gegen sie einleiten.

Während über die Vorfälle in der Silvesternacht auch noch Wochen später in den Medien diskutiert wurde, sahen sich Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst weiteren Angriffen ausgesetzt. Denn zu Gewalt gegenüber Helfern und Lebensrettern kommt es nahezu täglich.

Zuletzt vermeldete die Polizeidirektion Hannover einen erneuten Anstieg der Zahlen um 6,88 Prozent auf 1.010 Fälle im Jahr 2022. Bei den Körperverletzungsdelikten wurden 26 Fälle leichter, gefährlicher und schwerer Körperverletzung und Fälle der fahrlässigen Körperverletzung gemeldet. In 79 Fällen wurden Polizeivollzugsbeamte bedroht und in sechs Fällen genötigt. 2.250 PVB wurden Opfer von gegen sie gerichteten Gewalttaten. Dies kommt dadurch zustande, dass bei jeder erfassten Tat zumeist ein Streifenteam angegriffen wurde.

Für das Berichtsjahr 2022 wurde in der Polizeidirektion Hannover sogar ein Fall des versuchten Mordes zum Nachteil eines Beamten ermittelt. Die Tat ereignete sich am 08.06.2022 im Stadtteil Limmer. Ein 61-Jähriger tötete damals zunächst

seine Ehefrau und stach anschließend bei Eintreffen der Polizei im dortigen Treppenhaus mehrfach mit einem Messer auf den Oberkörper eines Beamten ein. Aufgrund der angelegten Schutzweste kam es zu keinen körperlichen Verletzungen.

Die im Jahr 2022 in Hannover ermittelten Tatverdächtigen waren meistens männlich (84,05%), deutsch (64,45%) und zwischen 25 und 50 Jahre alt (55,53%). Sie handelten zudem in der Regel allein. Etwas mehr als die Hälfte stand unter dem Einfluss von Alkohol und etwa jeder Siebte hatte zuvor Drogen konsumiert.

Michael Bertram/Dennis Schmitt

REPUTATIONSMANAGEMENT

Der gute Ruf der Polizei

Der „gute Ruf der Polizei“ ist ein besonderes Gut. Er leistet uns bei der Wahrnehmung unserer Kernaufgaben täglich wertvolle Dienste und führt dazu, dass Menschen unserem polizeilichen Handeln Vertrauen schenken. Ist aber dieser gute Ruf durch das Fortschreiten der Digitalisierung zunehmend in Gefahr geraten?

Soziale Netzwerke eröffnen den Menschen neue, digitalkommunikative Möglichkeiten, offen und meinungsbildend am Diskurs teilzunehmen sowie selbst gewählte Inhalte schnell und mit großer Reichweite zu verbreiten. Öffentliches Leben findet folglich immer mehr Online statt. Diese neue Ebene der Öffentlichkeit bietet uns die Chance, die Aspekte unserer polizeilichen Aufgabenwahrnehmung auch auf den digitalen Raum auszuweiten. Sie stellt uns jedoch ebenso vor neue Herausforderungen. Denn regelmäßig geraten insbesondere über soziale Medien Ereignisse bzw. Vorwürfe in den Fokus der öffentlichen Debatte, die geeignet sind, das hohe Vertrauen in die Polizei negativ zu beeinflussen und unseren „guten Ruf“ zu beeinträchtigen. Werden die Erwartungen der Bevölkerung an uns als Polizei bzw. unser Tätigwerden nicht verlässlich erfüllt und droht infolge der öffentlichen Auseinandersetzung das Eintreten von Reputationsschäden, sprechen wir von einer Reputationskrise.

Auslöser von Reputationskrisen ist insofern zumeist das polizeiliche Handeln selbst, wenn es der beruflichen Rollenerwartung in der Außenwahrnehmung nicht entspricht. Die hohe mediale Reichweite wirkt mithin als Verstärker und Beschleuniger der bad news. Ohne Belang ist an dieser Stelle oftmals, ob das in der Öffentlichkeit erzeugte Bild den Tatsachen entspricht oder es aus einer sachfremden Darstellung hervorgegangen ist.

Die Reputation der Polizei ist mithin immer auch das Produkt unserer internen Werteverständigung. Nur durch die Herstellung eines gemeinsamen Reputationsbewusstseins auf Basis einer gemeinsamen „Unternehmensidentität“ kann das reputationsfördernde Verhalten jeder bzw. jedes Einzelnen auch im Außenverhältnis aktiviert werden. Ein rollenbewusstes Auftreten und Verhalten aller Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst sowie die Wahrnehmung der Polizei als aktive, transparente und verlässliche Informationsgeberin im Alltag und speziell in herausragenden Situationen mit hoher medialer Öffentlichkeit kann dazu beitragen, die Reputation der Polizei weiter zu stärken und damit dem Vertrauensanspruch gerecht zu werden.

Als Vertreterin der Exekutive werden wir uns dennoch bereits bei niedrigschwelligen Vorwürfen schnell mit negativen Schlagzeilen konfrontiert sehen. Für die organisationsseitige Einordnung kritischer Ausgangssachverhalte im interdisziplinären Konzert der Medienberichterstattung ist daher vor allem eine zeitgerechte, aktive Krisenkommunikation der polizeilichen Pressestellen sowohl im Innen- als auch im Außenverhältnis von entscheidender Bedeutung.

“

Denn solange wir in unserem Krisenmanagement von der Taktik bestimmt werden, reaktiv nur das zu bestätigen, was offensichtlich ist, werden wir nie „vor die Lage“

kommen können und selbst die Deutungshoheit in der Medienarena gewinnen.”

”

Die kritische Öffentlichkeit wird ein reaktives Krisenmanagement immer als „Fehlervertuschungsmanagement“ entlarven. Ebenso kommt es im Zeitalter der Kommunikation im digitalen Raum auf ein professionelles Fehlermanagement geradezu an. Zusammengefasst dürfen wir noch „mutiger“ werden, Fehler (auch öffentlich) zu benennen und einen konstruktiven Umgang mit Kritik zu ermöglichen. Diese „Fehlercoolness“ gründet vor allem auf einer gesunden Fehlerkultur in unserem Binnenverhältnis, wobei leitende Führungskräfte eine zentrale Rolle einnehmen.

Die Reputation der Polizei ist seit jeher eine ernstzunehmende Größe. Von der neuen, digitalkommunikativen Dimension geprägt, bedarf es eines angepassten Reputationsmanagements auf allen Ebenen. Wir als Polizei Niedersachsen nehmen jene Entwicklungen ernst und sehen daher eine proaktive, fachliche Schwerpunktsetzung in unserer Landesstrategie vor.

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage lautet insofern: Nein (noch nicht)! Wir müssen uns aber alle gemeinsam bemühen, dass unser guter Ruf so gut bleibt, wie bisher.

GRENZÜBERSCHREITENDES POLIZEITEAM

Besuch von Innenministerin Daniela Behrens

Die Idee von fest installierten, gemeinsamen länderübergreifenden Polizeistreifen im deutsch-niederländischen Raum zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, beispielsweise Eigentums- oder Drogendelikte, konnte am 1. Juni 2008 durch das EU-Projekt „Grenzüberschreitendes Polizeiteam“, kurz GPT, verwirklicht werden.

Das binationale Team hat sich seither zu einem unverzichtbaren Bestandteil der gemeinsamen polizeilichen Arbeit im Dreiländereck Niedersachsen, Niederlande und Nordrhein-Westfalen entwickelt und etabliert. Dabei spielt zunehmend auch das Thema Geldautomatensprengungen eine Rolle.

Am 16. März besuchte die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, das Grenzüberschreitende Polizeiteam (GPT) an der deutsch-niederländischen Grenze am Sitz der Bundespolizeiinspektion in Bad Bentheim. Nach den Begrüßungen durch EPHK Matthias Manthey von der Bundespolizei

und POR Robert Raaz von der PI Emsland/Grafschaft Bentheim, übernahm EPHK Martin Piepmeyer, Koordinator Internationale Zusammenarbeit der PD Osnabrück, das Wort und gab der Ministerin einen Gesamtüberblick zum Thema Internationales. Den Überblick über die Arbeit des Teams gaben allen voran die beiden





Leiter POK Christian Machill und 1te Luitenant Bert Bruins. Auch die Themen Regionale Verbindungsstelle und europaweite Projektarbeit kamen durch PHK Klaus Wermeling und PHK Jens Burrichter zur Sprache. Die Ministerin zeigte sich sehr interessiert und war gut informiert. Sie bezeichnete das GPT als „Aushängeschild der Zusammenarbeit in Europa“. Auch Dinge der Zukunft wie bessere Funkanbindung, beheben von Funklöchern im Grenzbereich sowie ein zukunftsweisender Kommunikations- und Informationsaustausch innerhalb eines möglichen Gemeinsamen Zentrums wurden angesprochen.

Ministerin Daniela Behrens: „Seit fast 15 Jahren nimmt das Grenzüberschreitende Polizeiteam eine Vorreiterrolle in der internationalen Kriminalitätsbekämpfung ein. Das deutsch-niederländische Polizeiteam ist damit ein hervorragendes Beispiel für erfolgreiche, europäische Zusammenarbeit. Die Sicherheitsbehörden werden sich auch künftig immer weiter vernetzen und ihre Strategien fortlaufend anpassen.“

Das GPT ein Zusammenschluss zwischen der Koninklijke Marechaussee (NL), der Politie Eenheid Oost-Nederland (NL), der Bundespolizeidirektion Hannover, der Polizeidirektion Osnabrück (Niedersachsen) und der Kreispolizeibehörde Borken (Nordrhein-Westfalen). Rund 25.000 Mal wurde das GPT insgesamt seit Bestehen tätig. Es gelang dem Team, 11.000 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aufzudecken und zu verfolgen sowie knapp 7.600 Unterstützungs- und sonstige Einsätze zu bewältigen. Insgesamt 250 vorläufige Festnahmen und Haftbefehle konnten vollstreckt werden.

Marco Ellermann

ZENTRALE POLIZEIDIREKTION (ZPD)

NDR-Serie „Ein Tag als ...“

Nach einem schweißtreibenden Tag „Mit den Festnahme-Spezialisten“ im Sommer 2022 hat sich NDR-Redakteur Oliver Laffin wieder getraut: Dieses Mal „Ein Tag als Polizeitaucher“.

Herausgekommen ist eine spannende Reportage, die ihre Premiere in „Hallo Niedersachsen“ am 24. März hatte und nun in der NDR-Mediathek – hierzu QR-Code scannen – zu sehen ist.

Karsten Wolff





INTERKULTURELLE KOMPETENZ

Antirassistische Sprache – Eine wichtige Form der Deeskalation

„Wir dürfen rassistische Wörter nicht einfach als ein Überbleibsel kolonialistischer Denkstrukturen begreifen, sondern als Transportmittel ausgrenzender und diffamierender Einstellungen, die fest in unserem Alltag verortet sind“.

Mit diesen Worten eröffnete die stv. Direktorin der PA NI, Andrea Marquardt, die Podiumsdiskussion „Interkulturelle Kompetenz als Baustein des demokratischen Selbstverständnisses – Die Bedeutung einer antirassistischen Sprache im polizeilichen Alltag“ am 22. Februar 2023 live aus dem Studio der ZPD in Hannover.

Unter Leitung von Moderator Henning Schnieder, betrachteten Carsten Rose (Direktor PA NI), Savas Gel (Leiter KFI 5 des ZKD Hannover), Souad Lamroubal (Kommunalbeamtin und Dozentin Inter-

kulturelle Kompetenz) sowie Christoph Gnau (Dozent an der Akademie der Polizei HH) das Themenfeld von unterschiedlichen Perspektiven aus und diskutierten darüber sehr lebhaft und auch kontrovers. Eine sensible Sprachführung – da waren sich alle Teilnehmenden einig – habe einen positiven Einfluss auf die Art und den Ausgang der Einsatzgestaltung im polizeilichen Alltag. In der polizeilichen Aus- und Fortbildung, so forderten Souad Lamroubal und Christoph Gnau, müsse der Fokus auch auf die Vermittlung historischer Herleitungen rassistisch konnotierter Sprache liegen.

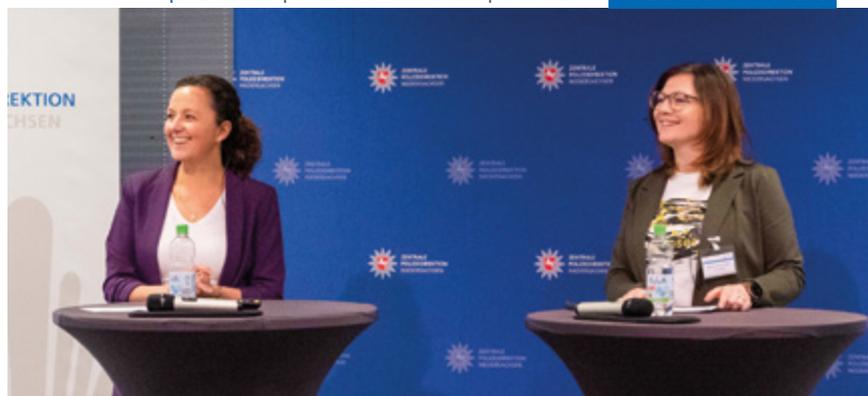
Carsten Rose zeigte in seinem Resümee noch einmal auf, was für eine sinnvolle und zielorientierte Auseinandersetzung mit diesem Thema in der Zukunft benötigt wird: „Genau das, was wir gerade machen (...), das wir die Positionen an einen Tisch bringen, das wir nicht übereinander, sondern miteinander reden.“

See you soon: Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Interkulturelle Kompetenz“ wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt.

Thomas Eickhoff

➔ Die Podiumsdiskussion kann als Video abgerufen werden unter:

📺 <https://www.youtube.com/watch?v=Ho9MWxP0bPc>



Ulrike Trumtrar im Gespräch mit Projektleiterin Maren Liening-Ewert

PROJEKT „VBS-WECHSEL“

Aus NIVADIS wird @rtus

Im Rahmen einer dreistündigen Kick-Off-Veranstaltung ist kürzlich im INFORUM der offizielle Startschuss für das ambitionierte IT-Projekt aus Anlass des angestrebten Wechsels vom polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) NIVADIS hin zu @rtus gefallen.

Dafür verantwortlich: ein Projektteam unter der Leitung von Marco Trumtrar und Maren-Liening-Ewert aus der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen. Es ist verantwortlich für den eingeschlagenen Transformationsprozess vom bisherigen System zu einem Pendant, das unter anderem bereits erfolgreich von der Polizei Schleswig-Holstein genutzt wird.

„Heute stellen wir die Weichen für unsere zukünftige Vorgangsbearbeitung und verfolgen damit konsequent die im Programm Polizei 20/20 festgelegten Ziele zur Schaffung einer einheitlichen und zentralisierten Serviceplattform für

polizeiliche Bedarfe“, sagte Landespolizeidirektor Ralf Leopold in seiner Eröffnungsrede und bedankte sich dabei ausdrücklich bei allen Mitwirkenden, die sich in etlichen Teilprojekten engagieren. Es sei ihm in dem Kontext unter anderem ein besonderes Anliegen, dass „der eingeschlagene Veränderungsprozess von größtmöglicher Akzeptanz begleitet und getragen werde“, so Leopold weiter.

Dazu auch Polizeivizepräsident Uwe Lange: „Ich freue mich sehr, dass der Auftrag zur Umsetzung eines so bedeutenden Vorhabens in der Gesamtverantwortung an die IT-Abteilung der Zentralen Polizeidi-

rektion Niedersachsen gegangen ist. Die Projektgruppe um die Expertinnen und Experten aus unserer Abteilung 4 widmet sich schon seit 2022 professionell und mit viel Engagement den vor ihr liegenden Aufgabe. Die Umstellung bedeutet auch eine Veränderung für diejenigen, die sich bislang um die Themen rund um NIVADIS kümmerten. Deswegen liegt es mir besonders am Herzen, gerade diese Kolleginnen und Kollegen nicht aus dem Blick zu verlieren und eng zu begleiten!“

Das Projekt „VBS-Wechsel“ inklusive diverser Teilprojekte ist auf die Dauer von mehreren Jahren angelegt.

Max Distel



POLIZEIDIREKTION HANNOVER

Personalveränderungen: Wechsel der Behördenleitung

Gwendolin von der Osten:

Für die erste Polizeipräsidentin der Polizeidirektion Hannover ist es eine Rückkehr an die alte Wirkungsstätte: Zum 01.04.2023 hat Gwendolin von der Osten die Leitung der PD Hannover übernommen.

Sie folgt auf den langjährigen Polizeipräsidenten Volker Kluwe, der in den Ruhestand gegangen ist. Zuvor hatte die 51 Jahre alte Gwendolin von der Osten rund zwei Jahre lang die Leitung der Polizeidirektion Göttingen inne. Die Polizeidirektion Hannover kennt die Volljuristin und dreifache Mutter derweil sehr gut, leitete sie hier doch bereits das Polizeikommissariat Lahe sowie die Polizeiinspektion Hannover-Mitte. Vor ihrer Ernennung zur Polizeipräsidentin der PD Göttingen hatte die gebürtige Braunschweigerin zudem das Einsatzreferat im Landespolizeipräsidium geleitet.

Thorsten Massinger:

Der Leitende Polizeidirektor Thorsten Massinger ist seit dem 01.04.2023 neuer Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Hannover.

Der 45-Jährige beerbt damit Detlef Hoffmann, der das Amt seit 2022 vorübergehend bekleidet hatte.

Thorsten Massinger leitete bis zu seiner Ernennung als Polizeivizepräsident das Referat für Technik und Finanzen im Landespolizeipräsidium und hatte zuvor verschiedene weitere Führungsfunktionen in der Polizei Niedersachsen wahrgenommen. Unter anderem fungierte er als Leiter der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzwinden.

Michael Bertram





ZENTRALE POLIZEIDIREKTION

Sie stehen für Respekt, Vertrauen und Erfolg

Uwe Lange und Kathleen Arnhold repräsentieren die neue Behördenleitung in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI).

Zwei, die sich kennen und bereits längere Zeit eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, sind seit Anfang April mit der Wahrnehmung der Behördenleitung in der ZPD NI betraut: Da wäre zunächst Polizeivizepräsident Uwe Lange, der nach Entscheidung von Innenministerin Daniela Behrens in die Rolle des Polizeipräsidenten aufgerückt ist. An seiner Seite: Kathleen Arnhold in ihrer neuen (noch vorläufigen) Funktion als Polizeivizepräsidentin.

Uwe Lange wechselte im März 2019 von der Polizeidirektion Hannover in die ZPD NI und nahm dort seitdem die Funktion des stellvertretenden Behördenleiters wahr. Der gebürtige Südniedersachse ist verheiratet, wohnt in der Region Hannover und ist Vater von zwei Töchtern.

Kathleen Arnhold ist nach einem abgeschlossenen Studium der Rechts- und Polizeiwissenschaften sowie der Kriminologie seit 2001 in Diensten der Polizei Niedersachsen. Nach Wahrnehmung diverser Führungsfunktionen in den Polizeidirektionen Göttingen und Hannover führte sie ihr Weg 2020 in die ZPD NI – dort in Verantwortung für die Abteilung 1. Die 50-Jährige ist verheiratet, wohnt in Hannover und ist Mutter von drei Kindern.

Die bisherige Polizeipräsidentin der Behörde, Christiana Berg, wurde vor kurzem aus gesundheitlichen Gründen und mit ihrem Einverständnis in den Ruhestand versetzt.

Karsten Wolff

POLIZEIDIREKTION GÖTTINGEN

Unter neuer Leitung

Zum 1. April 2023 haben Tanja Wulff-Bruhn das Amt der Polizeipräsidentin, Mathias Schröder das Amt des Polizeivizepräsidenten übernommen.

Tanja Wulff-Bruhn

Tanja Wulff-Bruhn ist seit 1997 bei der Polizei. Es folgten Verwendungen in der Polizeidirektion Hannover und ab 2008 das Studium zum höheren Dienst. Erste Leitungspositionen übernahm sie in den Polizeidirektionen Osnabrück und Hannover, im Innenministerium und im Polizeikommissariat Lahe. Zuletzt leitete sie das Einsatz- und Verkehrsreferat im Landespolizeipräsidium. „Eine Behörde wie die Polizeidirektion Göttingen leiten zu dürfen, ist eine besondere Aufgabe. Die Polizeidirektion Göttingen ist mir immer als innovative und zukunftsorientierte Behörde begegnet – darauf möchte ich aufbauen.“

Mathias Schröder

Mathias Schröder kam 1983 zur Polizei. Nach verschiedenen Stationen und dem Studium zum höheren Dienst wurde er 2004 Leiter Einsatz in der PI Nienburg/Schaumburg und 2006 Leiter des PK Stadthagen. Weiterhin war er im Innenministerium, in der ZPD und an der Polizeiakademie tätig. Seit 2020 leitete er die PI Nienburg/Schaumburg. „Das Vertrauen für eine solche Aufgabe geschenkt zu bekommen, erfüllt mich mit Dank und Freude. Durch die gelebte tolle Zusammenarbeit und den intensiven Austausch in der Polizeidirektion Göttingen sind mir die allermeisten Themen und viele Mitarbeitende bereits bekannt. Deshalb gehe ich die neue Herausforderung mit großem Respekt, aber auch mit einem guten Gefühl und Zuversicht für ein gutes Gelingen an. Ich freue mich darauf, mit Tanja Wulff-Bruhn und Lisa Bode auch neue Impulse zu setzen.“

Marvin Klab



INTERVIEW MIT INSTACOP ALENA MEHWALD

Wir bieten einen Einblick hinter die Kulissen

Seit 2019 ist die 27-jährige Alena Mehwald Angehörige des Kriminaldauerdienstes der Polizei Hannover. Seit März ist die Polizeikommissarin nun auch offiziell Instacop. Im Interview spricht sie über ihre Motivation und ihre ersten Erfahrungen.

? **Wieso hast du dich entschieden, Instacop zu werden?**

Mehwald: Ich habe mich entschieden Instacop zu werden, da ich im letzten Jahr bereits erste Erfahrungen in diesem Amt sammeln durfte und es mir Spaß gemacht hat, über meine Arbeit zu berichten. Darüber hinaus ist es schön zu sehen, dass sich Menschen für die Arbeit der Polizei und hier speziell auch für den Aufgabenbereich des Kriminaldauerdienstes interessieren und mir sowohl neue Anreize als auch (in der Regel) positives Feedback geben.

? **Wie fällt dein Zwischenfazit aus?**

Mehwald: Insgesamt positiv. Es ist zwar aufwändig und zeitintensiv, immer wieder neuen Content zu produzieren, was zudem auch nicht immer nur in der regulären Dienstzeit gelingt, sodass ich mich hin und wieder auch zuhause hingewetzt habe, um Beiträge zu erstellen. Jedoch habe ich festgestellt, dass es den Aufwand wert ist.

? **Wie reagieren deine Kolleginnen und Kollegen darauf?**

Mehwald: Die Meinungen zu meiner Arbeit als Instacop gehen unter den Kolleginnen und Kollegen weit auseinander. Einige halten es für richtig und wichtig,

andere lehnen es eher ab. Während ich von vielen Unterstützung und positives Feedback bekomme, kritisieren andere, dass wir nicht nur den interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick in unsere Arbeit ermöglichen, sondern auch dem vermeintlichen Gegenüber einen Vorteil verschaffen, indem wir beispielsweise zeigen, was für Spuren wir sichern und mit welcher Methode.

? **Wie stellst du sicher, dass du auf lange Sicht immer wieder neue Inhalte findest, die du teilen möchtest?**

Mehwald: Die Aufgabenbereiche des KDD sind vielfältig und abwechslungsreich. Die einzelnen Tatorte unterscheiden sich voneinander. Zudem stagniert die Kriminalität nicht. Es wird zum einen

immer Kriminalität geben und zum anderen gibt es immer wieder neue Maschen und Modi Operandi wie beispielsweise beim Trickdiebstahl.

? **Warum ist es für die Polizei aus deiner Sicht wichtig, in den sozialen Medien präsent zu sein?**

Mehwald: Wir bieten einen Einblick „hinter die Kulissen“. Zudem berichten wir nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv über Herausforderungen bei Einsatzsituationen, was unter anderem eine gewisse Bürgernähe schafft. Außerdem können wir in den sozialen Medien präventiv arbeiten und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig vor neuen kriminellen Maschen warnen.

Das Interview führte Michael Bertram



Alena Mehwald

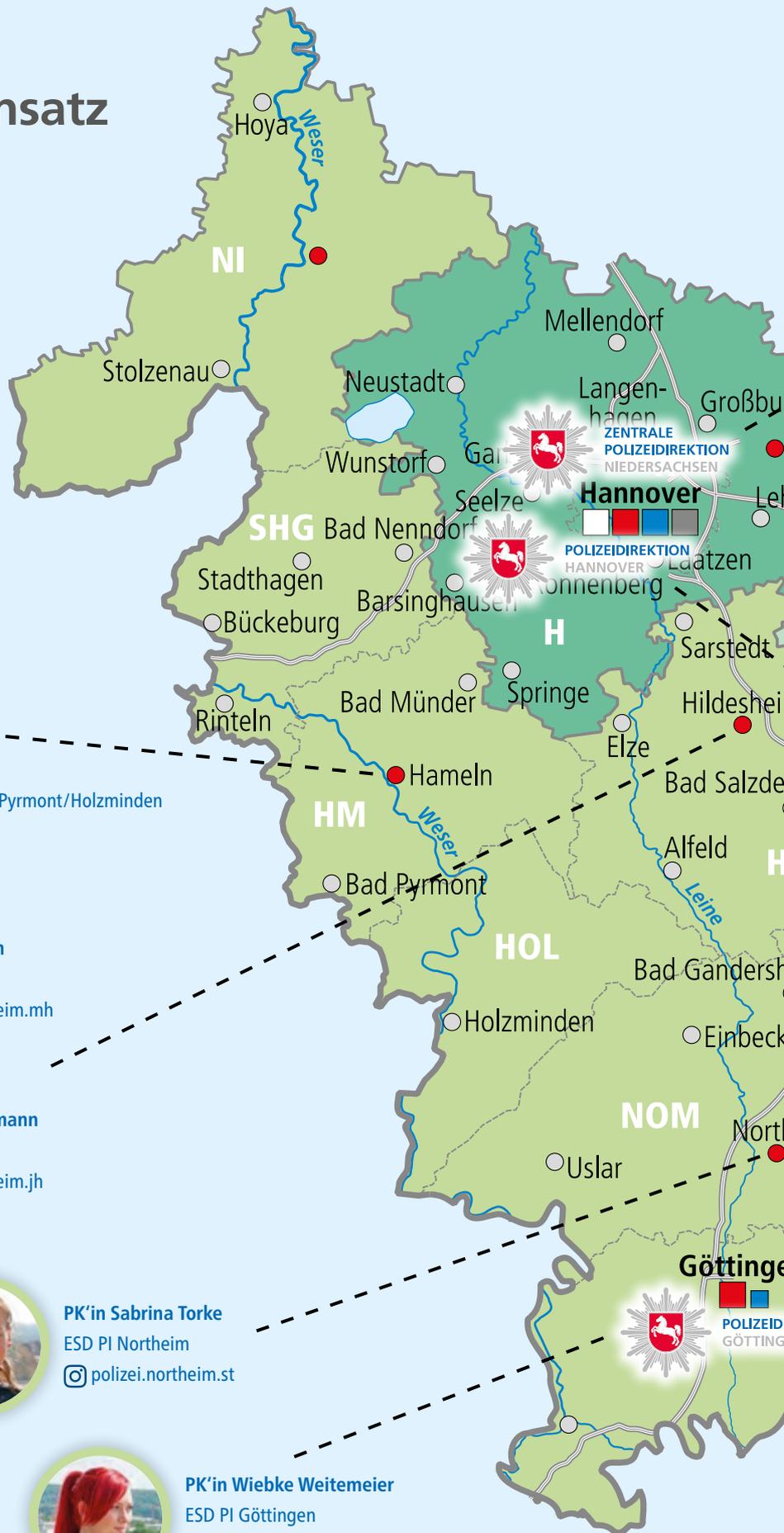
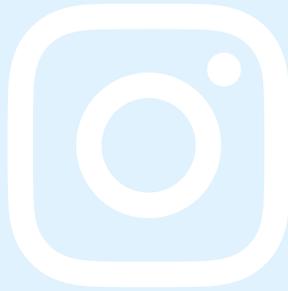


Einsatzkarte Community Policer in Niedersachsen

In dieser und der nächsten Ausgabe gibt es eine „Einsatzkarte: Spezial“ mit einem Überblick über alle Community Policer im Land.

Einsatzkarte „Spezial“ Teil 1

Community Policing in Social Media im Einsatz



PHK Carsten Minasch
Einsatzkoordinator in der Kooperativen
Regionalleitstelle Weserbergland
@polizei.hameln.cm



POK Sven Seidel
Diensthundeführer am Standort Hameln-Pyrmont/Holzminden
@polizei.goettingen.cs



PK'in Maren Haun
ESD PI Hildesheim
@polizei.hildesheim.mh



PK Jannes Heinemann
ESD PI Hildesheim
@polizei.hildesheim.jh



PK'in Sabrina Torke
ESD PI Northeim
@polizei.northeim.st



PK'in Wiebke Weitemeier
ESD PI Göttingen
@polizei.goettingen.wv

- Polizeidirektion Braunschweig
- Polizeidirektion Göttingen
- Polizeidirektion Hannover
- Zentrale Polizeidirektion (ZPD)



POLIZEI NIEDERSACHSEN



PK'in Tabea Lehmann
Digitalfunk I IT ZPD
@polizei.zpd.tl



PK'in Ronja Schubert
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit ZPD
@polizei.zpd.rs



PK Radek Meyer
BAB Braunschweig
@polizei.braunschweig.rm



PK'in Paulina Leupers
ESD PK Braunschweig-Nord
@polizei.braunschweig.pl



POK Niklaas Unger
Bereitschaftspolizei in Braunschweig
@polizei.zpd.nu



PK'in Alena Mehwald
KDD
@polizei.hannover.am



PK'in Alina Kausch
VUD
@polizei.hannover.ak



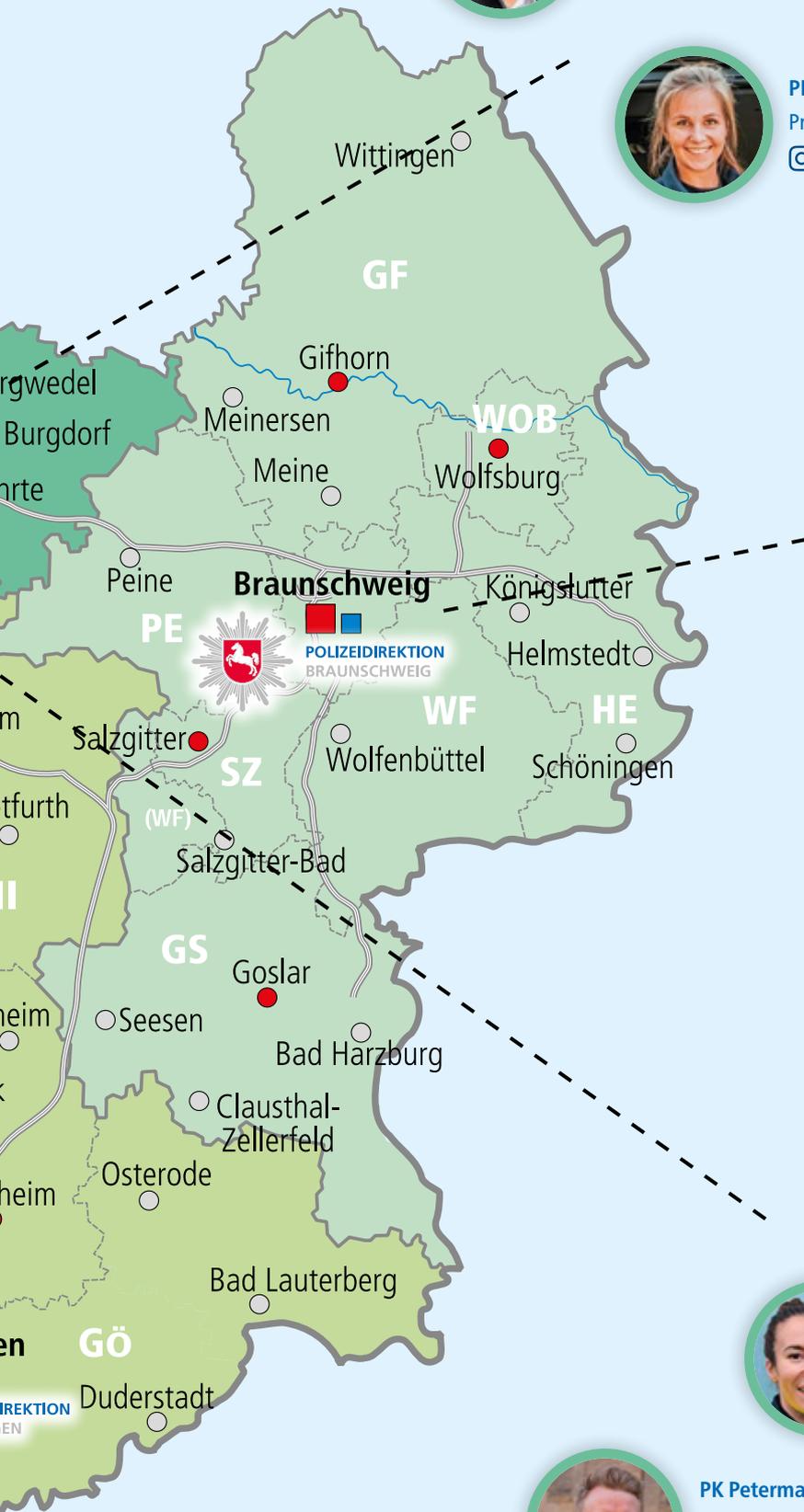
PK'in Zoé Vaßmer
ESD PK Barsinghausen
@polizei.hannover.zv



PK Petermax Bartelt
ESD PK Neustadt
@polizei.hannover.pb



POK Andreas Joop
RuH
@polizei.hannover.ja





POLIZEIHUBSCHRAUBERSTAFFEL

Trainieren für den Ernstfall:

Besatzungen der niedersächsischen und sächsischen Polizeihubschrauberstaffel trainieren die Bekämpfung von Vegetationsbränden.

Die Besatzungen der Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen (PHuStN) haben Mitte März mit einer Crew der Polizei Sachsen sowie mit Unterstützung bayerischer Kollegen vier Tage den fliegerischen Umgang mit Außenlöschbehältern (sogenannten Bambi Buckets) an Einsatzmaschinen geübt. Die Übungen fanden an den Standorten Rastede (theoretische Grundlagen) sowie Rostruper Heide (bei Bad Zwischenahn) statt. Auch das notwendige und reibungslose Zusammenspiel mit Feuerwehrkräften am Boden wurde geprobt. Zusätzliche Unterstützung kam deshalb von 35 Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr des Landkreises Ammerland, die die Übungen ebenfalls begleiteten.

Niedersachsens Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, sagte: „Die Waldbrände im vergangenen Jahr in Niedersachsen wie auch in anderen Bundesländern haben noch einmal sehr deutlich gemacht, wie elementar ein funktionierender Brandschutz ist. Wir müssen hinsichtlich der Folgen

des Klimawandels gewappnet sein, denn Wald-, Moor- und Vegetationsbrände machen auch vor Landesgrenzen nicht halt – und sie werden uns in der Zukunft immer häufiger fordern. Deshalb kommt der länderübergreifenden Zusammenarbeit auch eine große Bedeutung zu. Mit der heutigen Übung profitieren alle Beteiligten von den gemeinsamen Erfahrungen und stärken außerdem die Zusammenarbeit insgesamt“.

„Wenn große Flächen brennen, zählt buchstäblich jede Sekunde. Das Fliegen mit Wasser gefüllten Bambi Buckets an einem Außenlasthaken bringt die Polizeihubschrauber im Löscheinsatz regelmäßig an ihre Leistungsgrenze. Eine umfangreiche Aus- und kontinuierliche Weiterbildung der Besatzungen der PHuStN liegt deswegen für uns im besonderen Interesse – auch im direkten Zusammenspiel mit Feuerwehrkräften am Boden“, so Polizeipräsident Uwe Lange zum Hintergrund am Rande des Trainings.

Karsten Wolff



Polizeihubschrauberstaffel trainierte die Bekämpfung von Vegetationsbränden.



Die Leiterin der PHuStN, Nathalie Preiß, und Ministerin Behrens.



v. l. n. r. Ministerin Daniela Behrens, Sahra Freimuth, Martin Böhlke und Polizeipräsident Michael Pientka.



Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens.

POLIZEI NIEDERSACHSEN Sportlererehrung

Die diesjährige Ehrung der Nds. Landesregierung für die im vergangenen Jahr besonders erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler in der Polizei Niedersachsen fand am 20.03.2023 im INFORUM der ZPD statt.

Im Beisein vieler Ehrengäste aus Politik und Polizei ehrte die Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, bei der mittlerweile 30. Auflage dieser Veranstaltung Athletinnen und Athleten aus dem Bereich des Spitzensports als auch aus dem leistungsorientierten Breitensport für ihre herausragenden Erfolge in insgesamt 15 Sportarten. Anerkennung erhielten auch Kolleginnen und Kollegen, die langjährig und ehrenamtlich als Referees bei vielen nationalen und internationalen Turnieren für den regelgerechten Spielverlauf gesorgt haben.

Besonders erfolgreich war die Veranstaltung für die PD Braunschweig: Sowohl die Polizeisportlerin des Jahres 2022 (Sahra Freimuth, Polizeieuropameisterin im Fußball) als auch der Polizeisportler des Jahres 2022 (Martin Böhlke, erfolgreiche Teilnahme als Sportschütze bei den Deaflympics) gehören dieser PD an.

Ministerin Behrens würdigte im Namen der Landesregierung nicht nur die besonderen sportlichen Leistungen der Geehrten und den Wert des Sports für die Polizei ganz allgemein, sondern hob auch dessen Bedeutung für das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft hervor. Ausdrücklich dankte sie in ihrer Rede auch den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, die in sehr vielfältiger Form dazu beitragen, besondere Erfolge möglich zu machen.

Sportlicher Ehrengast war die vierfache Ruder-Olympiasiegerin und achtfache Weltmeisterin Katrin Boron, die in einem Livetalk Einblicke darüber gab, was bei einer langen und erfolgreichen sportlichen Karriere neben einer ständigen körperlichen Top-Kondition vor allem auch an Motivation, Mindset und mentaler Stärke erforderlich ist.



Livetalk mit Ehrengast Katrin Boron (r.).

Bei Imbiss, Gesprächen und vielen Erinnerungsfotos fand die kurzweilige Veranstaltung, begleitet von den Rhythmen der Jazz-Combo des Polizeiorchesters, ihren Ausklang.

Michael Täger





Die Referenten der Tagung: (v. l. n. r.) LtD. PD Michael Weiner, Bürgermeister Rainer Block, LPD Ralf Leopold und PD Cord Stünkel. Foto: Polizei Hildesheim

POLIZEIINSPEKTION HILDESHEIM

Stark für die Demokratie

Sicherheit von Amts- und Mandatsträger/-innen und Personen des öffentlichen Lebens – Landespolizeidirektor Ralf Leopold besucht die Veranstaltung.

Polizeiinspektion Hildesheim begrüßt mehr als 40 Amts- und Mandatsträger/-innen zu einem Erfahrungsaustausch.

Beleidigungen, Bedrohungen, üble Nachrede, Nötigung – Menschen, die sich in politischen Ämtern engagieren, sei es ehren- oder hauptamtlich, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, sind in der heutigen Zeit immer wieder Angriffen und Attacken ausgesetzt. Diese Übergriffe bilden keine Ausnahme mehr.

Daher waren am 28.03.2023 mehr als 40 Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Personen des öffentlichen Lebens einer Einladung der Polizeiinspektion Hildesheim gefolgt und nahmen an einer Tagung zum Thema Sicherheit von Amts- und Mandatsträger/-innen teil. Zu den Gästen zählten Führungskräfte der Polizeiinspektion Hildesheim, Landtagsabgeordnete, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (Hauptverwaltungsbeamte), Behördenleitungen bzw. Führungskräfte von Gerichten, Staatsanwaltschaft, Agentur für Arbeit, Kirchen Feuerwehr aus

Stadt und Landkreis Hildesheim. Auch der Landespolizeidirektor Ralf Leopold, der im Zuständigkeitsbereich der PI Hildesheim wohnt, ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen und nahm an der Veranstaltung teil und zählte zu den Referenten des Abends.

Nach der Eröffnung und Begrüßung der Teilnehmenden durch Polizeidirektor Cord Stünkel, stellvertretender Leiter der PI Hildesheim, stellte Landespolizeidirektor Ralf Leopold, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, die hohe Bedeutung des Schutzes von Amts- und Mandatsträger/-innen auf Landes- und Bundesebene heraus. Rainer Block, Bürgermeister der Stadt Bockenem und gleichzeitig Geschäftsführer des Nds. Gemeinde- und Städtebundes / Kreisverband Hildesheim, stellte die Erwartungshaltung von Personen des öffentlichen Lebens an

den Staat und damit einhergehend an die Polizei dar. Anschließend erläuterte Leitender Polizeidirektor Michael Weiner, Leiter der PI Hildesheim, die Sicherheitsarchitektur der Polizeiinspektion Hildesheim sowie die Handlungsmöglichkeiten der Polizei.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand insbesondere der gemeinsame Austausch. Ein Stehempfang zu Beginn der Veranstaltung sowie ein abschließendes „Get-together“ ermöglichten zahlreiche Gespräche sowie einen intensiven Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden. Durch den intensiven persönlichen Austausch konnten weitere Impulse für den Schutz von Personen des öffentlichen Lebens identifiziert und im Nachgang umgesetzt werden.

Polizeiliche Kriminalstatistik 2022



Niedersachsen trotz erwartbaren Anstiegs der Gesamtzahl der Straftaten weiterhin eines der sichersten Bundesländer.

Die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, stellte am 20.03.2023 gemeinsam mit Landespolizeipräsident Axel Brockmann die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 vor. Nach zuletzt starken Rückgängen der Gesamtfallzahlen wurden erstmals wieder deutliche Zunahmen verzeichnet. Nach einem Anstieg von etwa elf Prozent beläuft sich die registrierte Kriminalität für das Jahr 2022 auf 523.996 Fälle. Im Vergleich mit dem Jahr 2019 vor der Pandemie entspricht dies einem Anstieg von etwa 3,44%.

Ministerin Behrens: „Niedersachsen zählt trotz dieses erwartbaren Anstiegs bei der Gesamtzahl der Straftaten nach Ende der Corona-Maßnahmen weiterhin zu den sichersten Bundesländern. Die Polizei konnte in rund 62 von 100 Fällen Tatverdächtige ermitteln. Das ist nach wie vor eine gute Quote und ein Beleg für die gute Polizeiarbeit in Niedersachsen. Die Zahlen zeigen aber auch, dass wir nicht nachlassen dürfen, weiterhin konsequent in die Fähigkeiten unserer Polizei zu investieren und die Maßnahmen der vergangenen Jahre fortzusetzen.“

Landespolizeipräsident Axel Brockmann fasst zusammen: „Der Wegfall der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hat sicherlich die Zunahme der Straftaten nachhaltig beeinflusst, insbesondere durch vermehrte Tatgelegenheiten. Wir werden die Entwicklungen weiterhin genau beobachten und, wenn nötig, entsprechend reagieren.“

Niklas Uwe Büttner

NIEDERSACHSEN

POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN Bachelorfeier des Jahrgangs 18/20

Das Theater auf dem Hornwerk in Nienburg war bis auf den letzten Platz gefüllt, als bei der zentralen Feierstunde den Studierenden des BA 18/20 in Anwesenheit von Ministerin Daniela Behrens und zahlreicher Ehrengäste ihre Ernennungs- und „Bachelor of Arts“-Urkunden überreicht wurden. Mit dem Festakt besiegelten insgesamt 169 Absolventinnen und Absolventen den erfolgreichen Abschluss ihres Studiums. Seit 1. April 2023 unterstützen sie die Dienststellen im Land.

Michael Täger

Ministerin Daniela Behrens und Akademiedirektor Carsten Rose bei der Urkundenübergabe an die Jahrgangsbeste Johanna Nitsche.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN

**HERZLICHEN
GLÜCKWUNSCH
und viel Erfolg
für die Zukunft!**